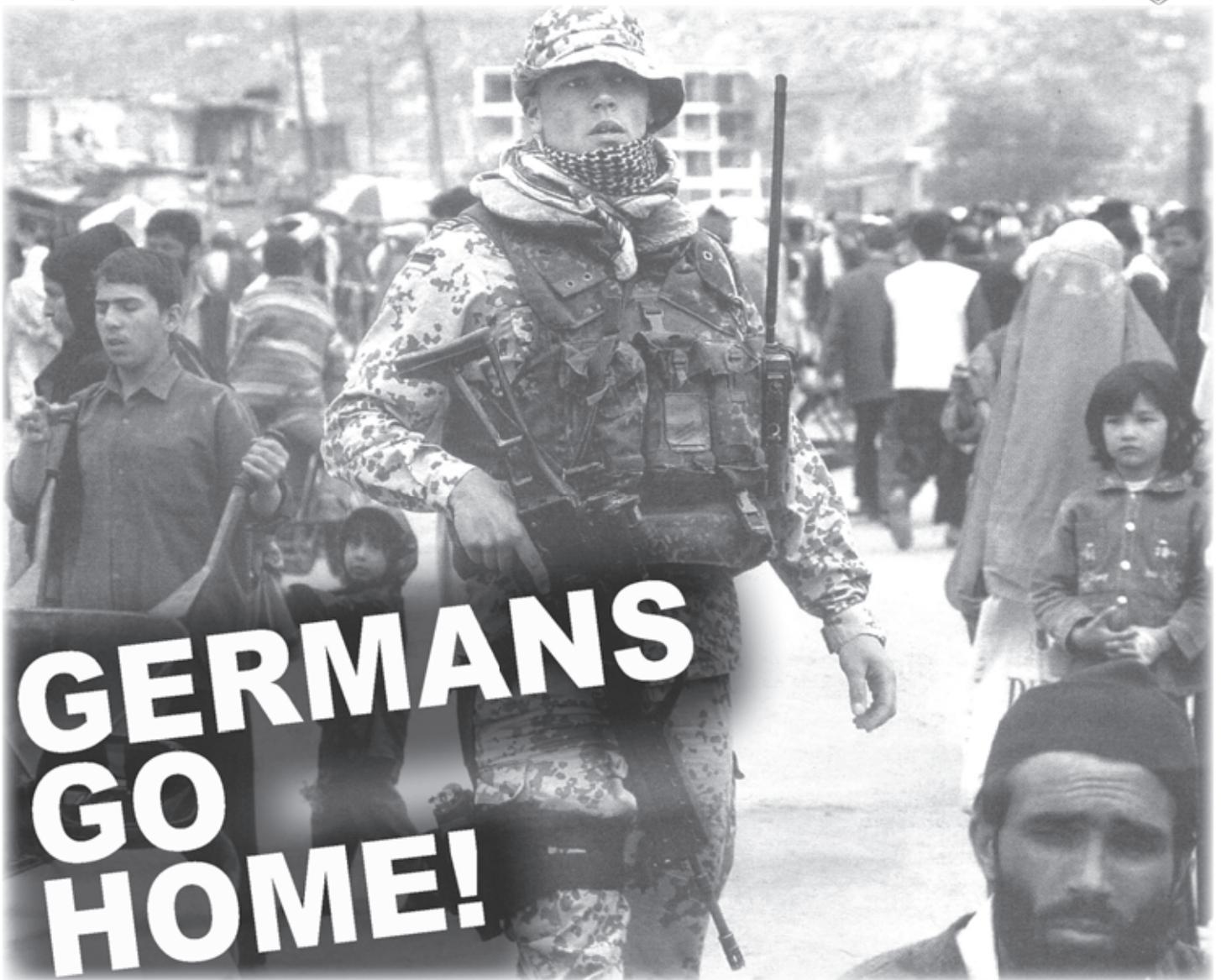


# FANFARE



DAS INFOBLATT DER  
FREIEN DEUTSCHEN JUGEND



- |                                                                   |                                                                 |
|-------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------|
| • „Weiter als das Afrikakorps“:<br>Bundeswehr im Kongo ..... S. 2 | • „Wir sind schwarz-rot-geil“ ..... S.17                        |
| • Polen: Mit dem Rücken an der Wand ..... S. 4                    | • Kubanische Wirtschaft, aktuell ..... S.20                     |
| • Das Begräbnis oder Die Himmlischen Vier ..... S. 6              | • Wir sind nicht Deutschland! ..... S.23                        |
| • Der Alltag als „Notstand“ ..... S. 9                            | • Mittenwald 2006: Wehrmachtsverbrecher<br>im Stress ..... S.24 |
| • 50 Jahre KPD-Verbot ..... S.13                                  | • Winterschule: Gedenkstättenfahrt<br>nach Auschwitz ..... S.28 |
| • Wer mehrere Weltkriege anzettelt ..... S.14                     | • Keine Pressefreiheit für Faschisten! ..... S.29               |
| • Schwedt, die besiegte Stadt ..... S.15                          |                                                                 |

# Weiter als das Afrikakorps...

Der Kongoeinsatz ist der erste Einsatz der Bundeswehr, der durch die Regierung und die Vertreter der Regierungsfraktion der CDU/CSU u.a. offen mit den Interessen der deutschen Monopole an den Rohstoffen und der Wirtschaft begründet wird. Originalton des außenpolitischen Sprechers Eckart von Klaeden: „Wir haben ein Interesse daran – es gehört auch zur Ehrlichkeit, das zu sagen –, dass die Rohstoffe nach einem fairen Verfahren so abgebaut werden, dass sie auch von Ländern wie der BRD genutzt werden können. Gerade wir, die wir in einem rohstoffarmen Land leben, das Exportweltmeister ist, haben an diesen beiden Elementen ein enormes Interesse.“

Neu an dieser Begründung ist aber nicht die Tatsache, dass deswegen Kriege geführt werden, sondern lediglich, dass die schwarz-rote Regierung dies im Gegensatz zur alten rot-grünen Regierung beim Kongoeinsatz in aller Öffentlichkeit ausspricht. Der Einsatz im Kongo dient also dazu, sich den Zugriff auf die Rohstoffe des Landes gemeinsam mit und gleichzeitig in Konkurrenz zu den anderen führenden Imperialisten in der Region wie den USA und Frankreich zu sichern.

Aber nicht nur das. Der Einsatz im Kongo war ursprünglich von der französischen Regierung auch dazu gedacht und angestoßen worden, die BRD enger an sich zu binden. Jetzt nutzt die BRD den Einsatz als Versuch, die EU noch stärker unter ihre Führung zu zwingen und dabei Frankreich zu schwächen. So stellt Frankreich den größten Teil der Truppen, aber geführt wird der Einsatz vom Sitz des deutschen Generalstabs aus, dem „Einsatzführungskommando“ in Potsdam. Mit dem deutschen Generalleutnant Karlheinz Viereck als Befehlshaber der Gesamt-Operation. Außerdem musste Frankreich seinen Stützpunkt in Gabun für die deutschen Truppen öffnen.

Am 1. Juni hat der Bundestag dem Antrag der Bundesregierung zum Kongoeinsatz zugestimmt. Mit Ausnahme der Linkspartei gab es nur solche Gegenstimmen, die nicht grundsätzlich gegen den Einsatz waren.

Seit Mitte Juli sind nun 780 Bundeswehrsoldaten in Kongo und Gabun. Offiziell sollen sie dort die Präsidenten, Parlaments- und Provinzwahlen absichern. German-foreign-policy.com jedoch kommt zum Schluss: „Die Expedition eröffnet Berlin mehrfache Optionen: Bei genehmem Wahlausgang können Rohstoffvereinbarungen mit einer genehmen Zentralregierung in der kongolesischen Hauptstadt getroffen

## Der Kongoeinsatz: Eine etwas andere Koalition der Willigen.

Deutschland und Frankreich wollen diesen Einsatz auch nutzen, um zu testen, wie weit sie bereits in der Lage sind, von der NATO, und damit von den USA, unabhängige, größere europäische multinationale Kampfeinsätze zu führen. Allerdings hatte Kriegsminister Jung von Anfang an das Ziel, dass möglichst viele europäische Staaten ihre Truppen unter die deutsche Führung stellen sollten. Lange versuchten die Deutschen auf die anderen europäischen Länder entsprechenden Druck auszuüben. So forderte Kriegsminister Jung als Bedingung für eine Teilnahme und Führungsrolle Deutschlands bereits vor den entsprechenden Beschlüssen in UNO und EU über die Durchführung des Einsatzes von dem Hohen Repräsentanten der EU, Javier Solana:

„Ich bin der Auffassung, dass der Hohe Repräsentant jetzt seine Zusagen erfüllen muss, die er gegenüber den Verteidigungsministern vergangene Woche in Innsbruck gegeben hat: ein Einverständnis mit der kongolesischen Regierung herbeizuführen und eine belastbare Zahl von Soldaten der anderen europäischen Nationen zu übermitteln.“ (Pressemitteilung der FAZ vom 17.3.05)

werden; sollte sich dieses Vorhaben zerschlagen, bliebe der Rückgriff auf die deutsch protegierten Milizen im Ostkongo und in Ruanda. Sie stehen bereit.“

Dies erklärt möglicherweise auch, warum die Bundeswehr ihren Einsatz selbst auf den Raum um die Hauptstadt Kinshasa beschränkt, während die EU-Mission selbst keinerlei Einschränkung innerhalb Kongos vorsieht: So reduziert sich die Wahrscheinlichkeit, gegen die secessionistischen Milizen im Osten des Kongos vorzugehen, die durch deutsche Stellen maßgeblich gefördert werden.

Die BRD ist seit 1990 auch in anderen Ländern Zentralafrikas auf die verschiedensten Arten und Weisen aktiv, in den letzten Jahren zunehmend militärisch. Offiziell werden von der Bundeswehr Einsätze am Horn von Afrika, in Äthiopien/Eritrea und im Sudan genannt. Im Sudan unterstützt

Jung setzte Solana eine Frist von einer Woche. Doch Solana erklärte, nie eine solche Zusage gemacht zu haben. Zumindest formal gelang es, dass derzeit 16 Staaten (*Junge Welt*, 15.6.06) ihre Mitwirkung an der EUFOR RD Kongo Truppe zugesagt haben. Eine komplette Liste der Länder und wie hoch der Beitrag jeweils ist, ist derzeit offensichtlich noch nicht öffentlich verfügbar. Doch die Tatsache, dass Deutschland 780 und Frankreich 800 Soldaten stellen, also zusammen schon 1580 von 2000 Soldaten, deutet schon an, dass Beiträge der anderen Länder eher symbolische Bedeutung haben. Großbritannien und Italien haben ihre definitive Nichtteilnahme mit anderweitigen Verpflichtungen und voller Auslastung ihrer Streitkräfte begründet.

Um die europäische Marschbereitschaft unter deutscher Führung deutlich zu erhöhen, hat Bundeskanzlerin Merkel für die im nächsten Jahr kommende deutsche Ratspräsidentschaft in der EU angekündigt, den EU-Verfassungsentwurf gegen die Völker Europas wieder auf die Tagesordnung zu setzen und bei der Durchsetzung desselben eine härtere Gangart als bisher anzusetzen. Der Kampf um die Führung in Europa und die Militarisierung ist also in vollem Gange.

die Bundesregierung dabei separatistische Milizen im erdölreichen Süden des Landes. Damit ist die Bundeswehr jetzt offiziell in Einsätzen in einer durchgehenden Kette aneinandergrenzender Länder quer durch Afrika von Osten bis Westen vertreten: Am Horn von Afrika, Eritrea, Äthiopien, Sudan, Kongo, Gabun. Davon konnte der Faschist Rommel mit seinem Afrikakorps im 2. Weltkrieg nur träumen.

Die Bundeswehr schickt übrigens mit Fallschirmjägern aus dem Saarland und Gebirgsjägern aus Bayern Soldaten aus Einheiten, die die Leistungen ihrer Vorgänger in der Wehrmacht stolz hochhalten und die damals erfolgreich den „Terrorismus“ in den besetzten Ländern bekämpft haben: z.B. die Vorgänger der einen, mit 1000fachem Mord an Zivilisten bei der Landung auf Kreta, und die der anderen, mit der Ausrottung des Dorfes Distomo, ebenfalls in Griechenland.

Die erste Runde der Präsidentenwahlen im Kongo am 30. Juli 2006 konnte übrigens keiner der Bewerber für sich entscheiden. Für den 29. Oktober, zeitgleich mit den Provinzwahlen, ist nun die Stichwahl angesetzt. Ein willkommener Anlass der Regierenden in diesem Land darüber zu streiten, unter welchem Vorwand die Bundeswehr weiterhin im Kongo bleiben könnte. Denn eigentlich ist das Mandat der Vereinten Nationen nur auf 4 Monate während der Wahlen begrenzt.

Wuide

**O**bwohl wir uns gerne der derzeit wieder einmal aufs heftigste geführten Debatte um die Situation im Nahen Osten entziehen würden, sehen wir uns, auf Grund der an uns energisch gerichteten Fragen auf der einen und den Plänen, deutsches Militär in den Nahen Osten zu schicken, auf der anderen Seite gedrängt, Position zu beziehen.

Nun, wir halten nichts von den viel zu einfachen Antworten auf die schwierige Frage unseres Verhältnisses zum Staat Israel. Genauso wenig halten wir davon, der einen wie der anderen Strömung der deutschen Bourgeoisie hinterher zu stolpern. Die Frage stellt sich eben nicht zwischen einem Ja zu deutschen Waffen- und Truppenlieferungen nach Israel und einem Ja zu deutschen Waffen- und Truppenlieferungen nach Arabien. Die Frage ist eben nicht, wie könnte sich die BRD, Rechtsnachfolger des „Dritten Reichs“ und aggressivste Militärmacht Europas, „richtig“ zu Israel und seinen Nachbarn verhalten. Nein, die Frage ist eine andere!

Wir wissen: dieses neue/alte Großdeutschland ist nicht willens und in der Lage, sich zu irgendwem oder irgendwas „richtig“ zu verhalten, weder zu den Menschen in Israel noch zu den Bewohnern seiner Nachbarstaaten.

Wir wissen, dass deutsche Waffenlieferungen und Truppeneinsätze im Nahen Osten nicht aus dem Grund, Israels Existenz zu verteidigen oder zur Stabilisierung der Region in Bewegung

gesetzt werden, sondern lediglich, um militärisch Einfluss zu gewinnen und mit von der Partie zu sein, in den Einflussphären der Konkurrenz. Wir wissen genauso, dass die Verweigerung deutscher Waffenlieferungen und Truppeneinsätze im Nahen Osten nicht aus dem Grund getätigt werden würde, Frieden zu stiften oder um irgendwelchen anderen moralischen Phrasen gerecht zu werden. Lediglich wäre eine Verweigerung letzten Endes ein von der BRD gern getätigter „Beitrag“ an der Zerstörung des Staates Israel, einer der letzten real existierenden Konsequenzen aus dem letzten deutschen Weltkrieg und letztes wehrhaftes Mahnmal für die unvergleichlichen Verbrechen der Deutschen. So oder so...

Wir wissen: Egal, welche Intrige die BRD spinnen, welchen auf Krieg und Verderben ausgerichteten Weg sie diesmal einschlagen wird, wir werden sie deswegen angreifen, angreifen müssen! Es gibt kein „richtiges“ Verhalten der deutschen Imperialisten, der deutschen Kriegstreiber, wir haben kein Interesse daran, in dieser Unmöglichkeit Möglichkeiten zu suchen. Wir haben ein Interesse an der restlosen Zerschlagung des deutschen Imperialismus, ein wahrlich großer Beitrag am Frieden zwischen Israel und seinen Nachbarn, im Interesse der Bewohner des Nahen Ostens. Ein großer Beitrag zum Frieden weltweit.

Ringo

#### Fakten zum Bundeswehreininsatz im Libanon

**Truppenstärke:** bis zu 2.400 Soldatinnen und Soldaten - **Ziel:** Absicherung der libanesischen Grenze gegen Waffenschmuggel - **Dauer:** bis August 2007 - **Befugnis:** robustes Mandat [Möglichkeit zu bewaffneter „Gegenwehr“] **Operationsspektrum:** Anführung der maritimen Operation, Aufklärung und Kontrolle der Seewege; Beteiligung an Lufttransport, hu-

manitären Hilfeleistungen, technischer Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe für libanesischen Sicherheitskräfte, militärischer Beratung des Libanon ([www.bundeswehr.de](http://www.bundeswehr.de))

**Zur Erinnerung:** 7.800 Bundeswehrsoldaten sind bereits im Ausland eingesetzt. Mit den 2.400 Soldaten im Libanoneinsatz werden es über 10.000 sein. Nicht mitgerechnet sind dabei die Mitglieder von paramilitärischen Einheiten, wie z.B. die Bundespolizei.

# Polen: Mit dem Rücken an der Wand – wieder.

So was, da entpuppt sich Günter Grass, die polnische Hoffnung auf so etwas wie einen „guten Deutschen“, nun auch als einer von Hitlers nur allzu willigen Vollstreckern. Ein Sammelbecken für Ex-NSdApler hinter Erika Steinbach schreibt durch die revan-chistische Ausstellung „Erzwungene Wege“ die Geschichte um – und das Deutschtum frei. Die neugegründete Stiftung „Prussian Claims Conference“ (!) versucht das EU-Recht, dem Polen sich vor kurzem ausgeliefert hat, zum Einklagen rotzfrecher deutscher Besitzansprüche auszulegen. Und inzwischen ist es soweit gekommen, dass das deutsche Militär beim letzten Manöver auch gleich die territoriale Integrität des souveränen Staates Polen missachtet. Und wenn dann die regierende rechtskonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) den Spieß mal umzudrehen versucht und ankündigt, der deutschen Minderheit ihre Privilegien zu entziehen und nahelegt, Reparationszahlungen von Deutschland zu fordern, springt die öffentliche Meinung hierzulande im Quadrat: Von „Hysterie“ ist dann die Rede, „ideologischer Überhöhung“ „anti-deutscher Ressentiments“ seitens Polen, und gar „Nationalismus“ wird vorgehalten – und zwar von jener deutschen Presse, die auch den Medienmarkt in Polen dominiert.

Damit nicht genug – der oberste Wächter demokratischer Werte, der „Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung“, Günter Nooke, sieht gar die Meinungsfreiheit in Polen gefährdet – er wähnt „Gleichschaltung“ der dortigen Medienlandschaft. Dass Nooke, ein Kind der für ihre großdeutsche Demokratievorstellung berühmten DDR-Bürgerrechtsbewegung, entweder Humor oder ein intellektuelles Defizit hat, zeigt der Umstand, dass der Medienmarkt in Polen halt ganz einfach von deutschen Verlagshäusern dominiert wird: „Nach der erfolgreichen Etablie-

rung der Blätter ‚Fakt‘ und ‚Dziennik‘ hält der deutsche Springer-Verlag einen Marktanteil von fast 50 Prozent bei den landesweiten Tageszeitungen. Bei den Regionalzeitungen dominiert die Passauer Neue Presse den Markt im Süden Polens und in mehreren Großstädten. Springer erzielt in Polen mit rund 120 Millionen Euro jährlich einen Umsatz gleicher Höhe wie in Deutschland. Als Springers schärfste Konkurrenten auf dem polnischen Medienmarkt gelten die deutschen Medienriesen Bauer sowie Gruner + Jahr.“

Mit dem Machtantritt der Mitte-rechts-Regierungen hier wie dort im vergangenen Jahr ist das deutsch-polnische Verhältnis nochmals merklich abgekühlt. Die Kaczynski-Regierung versucht dem deutschen Chauvinismus im eigenen Land deutlicher Grenzen zu setzen, als es die linksliberale Regierung zuvor tat. Hinter einer Absage an die „Euro-Enthusiasten“ im Regierungsprogramm der PiS verbirgt sich nichts anderes als die Erleichterung Warschaws über das Scheitern der EU-Verfassung und die offen gebliebene Option, im europäischen Rahmen den wichtigsten Verbündeten Frankreich nicht an „Kern-europa“ verloren zu haben. Kaczynski äußerte nach seinem Regierungsantritt mit Blick nach Berlin, dass es gegenüber manchen Ländern schwierig sei, nur mit der Methode des Lächelns und Kopfnickens Politik zu machen.

Den markigen Worten setzt die deutsche Regierung gleich mal Tatsachen entgegen: Neben dem Bau der Ostsee-Pipeline an Polen vorbei verweigert die Bundesregierung auch weiterhin den eingewanderten polnischen Arbeitskräften die vertraglich geregelten Minderheitenrechte, die die deutsche Minderheit in Polen für sich beansprucht und u.a. dadurch starken gesellschaftlichen Einfluss inne hat.

Warschau spielt die Karten aus, die ihm noch geblieben sind; im Gegenzug verschärfen sich die Interventionen

seitens des deutschen Imperialismus. Ökonomisch ist Polen weitgehend dem deutschen Imperialismus ausgeliefert. „Deutschland liegt in der polnischen Außenhandelsstatistik um ein Mehrfaches vor den nächsten Konkurrenten auf Platz eins: Bereits 2005 kamen fast ein Viertel aller nach Polen gelieferten Waren aus Deutschland; umgekehrt führten in Polen ansässige Betriebe fast 30 Prozent ihrer Erzeugnisse in das Berliner Zollgebiet aus.“

Warschau gilt es nun, der als bedrohlich empfundenen Intensivierung der deutsch-russischen Kooperation zu begegnen – durch Schutz der polnischen Energiebranche, deren Ausverkauf an ausländische Konzerne gebremst werden soll. Vor allem E.on und RWE sind damit konfrontiert. Dennoch schwächt der Bau der deutsch-russischen Ostsee-Pipeline die polnische Stellung. Andererseits profitiert die polnische Bündnispolitik mit den USA zwar von der Schlappe der EU-Verfassung, die die Interessen der polnischen Bourgeoisie zugunsten einer Anbindung an „Kern-europa“ stark beschränkt hätte. Unterm Strich aber bleiben die polnischen Interessen dem deutschen Wohlwollen ausgeliefert.

Dass das auch für die Achtung von Polens Westgrenze gilt, hat die Bundeswehr durch deren Missachtung unmissverständlich klargemacht. Hier von einem „Versehen“ zu sprechen kommt angesichts der Tatsache, dass die Missachtung der Grenze zu Polen in Deutschland Geschichte und Methode hat, nicht in Frage: Am selben Tag, an dem der Bundestag im „Warschauer Vertrag“ von 1972 die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens festlegte, veröffentlichte er eine Erklärung, die dem Grenzvertrag den Charakter eines Friedensvertrags absprach und eine „einvernehmliche Änderung der Grenzen“ offen ließ. Beim Bundesverfassungsgericht liest sich das 1975 dann so: „Die östlich der Oder und Neiße gelegenen Gebiete wurden Ende des Krieges nicht durch die Siegermächte annektiert. Wir gehen daher von dem Grundsatz aus, dass [...] eine deutsche territoriale Einheit in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 noch immer gültig ist.“

1991 schlossen die Bundesrepublik Deutschland und Polen den Deutsch-Polnischen Grenzvertrag, in dem sie die Oder-Neiße-Linie endgültig als „unverletzliche“ Grenze festlegten (wie sie schon längst von der DDR anerkannt worden war). Wie ernst es Kohls Parteifreunde mit der Anerkennung dieser „Unverletzlichkeit“ meinten, unterstreicht Hartmut Koschyk, CDU-Mitglied und BdV-Generalsekretär, am 17.10.1991: „Die Volksrepublik Polen besitzt über die Gebiete östlich von Oder und Neiße keine territoriale Souveränität, sondern lediglich Gebietshoheit.“ Eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die sog.

„Vertriebenen“-Verbände hat bis heute nicht stattgefunden. In Zusammenarbeit mit einer Armada von staatlich geförderten Stiftungen, Fonds und anderen Vorfeldorganisationen der deutschen Außenpolitik können diese vermeintlich privaten Initiativen Ansprüche an polnische Gebiete, Eigentümer und gesellschaftlichen Einfluss stellen, die sich die deutsche Regierung nicht leisten könnte, da sie damit den Kriegsfall provozieren würde. Dass die Politik des „Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen“, des „Bundes der Vertriebenen“, der „Preußischen Treuhand“, des „Instituts für Auslandsbeziehungen“ u.a. dennoch gefördert wird, liegt

an der reaktionären Strategie der deutschen Osteuropapolitik, andere Länder nach ethnischen Kriterien aufzuspalten. Dass diese Strategie in letzter Konsequenz zum Krieg führt, hat die Aufteilung Jugoslawiens gezeigt.

**„Der Menschheit drohen Kriege, gegen welche uns die vergangenen wie armselige Versuche vorkommen werden. Und sie werden kommen, ohne jeden Zweifel, wenn nicht denjenigen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, die Hände zerschlagen werden.“** B.Brecht: „Das große Karthago“

Quellen gern auf Anfrage

Ed

**50**Jahre FDJ in der SBZ bzw. DDR bzw. Beutegebiet Ost, das ist sogar der Deutschen Presseagentur eine Meldung wert. Kein Pappenstiel ist das, immerhin die Urquelle bundesdeutscher Pressemeldungen, diese DPA. Seriös, wie man hört und weiß, und wagt gar vom Flaggschiff der heiß umkämpften Branche zu sprechen. Und sie, die DPA herself (!) fragte doch tatsächlich bei uns an und nach.

Wie üblich, das übliche Interview, mit den üblichen Fragen und üblichen Antworten, im üblichen Café, das wie üblich viel zu teuer und laut war. Jung, nett, höflich und die Fleisch und Blut gewordene Neutralität, mein Gegenüber war einer von den Gründlichen. Sehr gründlich, so dass es doch wirklich über eine Stunde und fast noch eine mehr von diesen schlechten, zu überhöhten Preisen angebotenen Tässchen Kaffee dauerte. Das schien auch den Jungstar von der Agentur zu stören. Was soll der Geiz? Wie schlecht zahlt denn die DPA? Schon hier ergriff mich das Gefühl, dass das Flaggschiff schlängert. Nach kurzem Geplänkel hatten wir fürs erste überspielt, dass wir uns restlos gegenseitig ankotzten und den jeweils anderen für den Loser hielten. Dann redete man über irgendwie alles, was mit Politik zu tun hatte, aber eigentlich nur über die DDR. Selbst als wir über „Menschenrechtsverletzungen“ in China plauderten, ein Steckenpferd des jungen Burschen. Nach Antworten, die ihm nicht schmeckten, mahnte

er abermals an, dass man immer alles auch von beiden Seiten sehen muss, aus der „Warte der Anderen“ versteht sich. Er selber wäre natürlich schon kritisch bis links.

Dass man maulig wurde, war kaum zu verhindern, denn unter anderem fehlte Lust, irgendwas aus der Warte eines Wehrmachtssoldaten sehen oder gar verstehen zu wollen. Zu allem Überfluss war man eh missgelaunt wegen BRD, Nachtschicht und so. Er versteckte seine Laune besser als ich, obwohl auch er, DPAler des Abends, Grund hatte bockig zu werden. Schließlich tat ich ihm nicht den Gefallen den Ostnostalgie-deppen zu machen, den er gerne gehabt hätte. So kam es, dass er manchmal nicht anders konnte, als seine schlecht geschauspielerte Aufmerksamkeit für meine Ausführungen zu unterbrechen und provozierend und schlecht verschleiert seinen antikomunistischen Sülz loszuwerden. Eben nicht geradeaus, sondern durch den Vergleich, durch die Gleichsetzung, durch die Relativierung, durch diese Propagierung einer „Freiheit“, eben alles so und so zu sehen zu dürfen. Als ich später das Resultat des Interviews sah, wurde klar, dass mir an diesem Abend

eine 1,70 große *BlitzIllu* gegenüber gesessen hatte. Die Kernaussage der Meldung der Deutschen Presseagentur zum 50. Jahrestag der Zulassung der FDJ in der SBZ behandelte eigentlich meine Frisur. Auch, dass ich schnell spräche, funkte durch den bundesdeutschen DPA-Ticker. Ja, sach ma, hat denn die bundesdeutsche Presse den Haltungen der ach so „lächerlichen“, „armseligen“ und „mindestens stalinistischen“, aber auf jeden Fall „ewig gestrigen“ FDJ nichts weiter entgegen zu setzen als die Analyse meines Haupthaars? Da macht sich unvermeidlich Mitleid breit und will nicht weichen.

Gebrochen stelle ich mich der Wahrheit: Das Flaggschiff der unerschütterlichen Presseherrlichkeit deutscher Lande ist der letzte Äppelkahn und die Flotte auf den Hund gekommen. Man hätte an diesem Abend lieber den nun berühmten Haarausfall mit dem Genuss einer Tasse Aldikaffee therapieren sollen, anstatt bei denkbar schlechter Unterhaltung kurzdosierte Edelplörre zu schlürfen. Und das mit dem Aldikaffee hilft, wie die hiesige Presse zu berichten weiß. Wo solche Meldungen wohl immer her kommen...

Ringo

# Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER

Am 13./14. Mai 2006 war es so weit: Die internationale Antikriegsaktion „Das Begräbnis oder Die HIMMLISCHEN VIER“ fand in Berlin und Potsdam statt. Zur Erinnerung an vergangene und zur Warnung vor kommenden Kriegen.

Nach einer Idee von Thomas Schmitzbender wurde die Aktion vorbereitet und durchgeführt vom Aktionsbüro „Himmlische Vier“ und Gruppen bzw. Einzelpersonen aus den verschiedensten Städten.

Die FDJ beteiligte sich seit 2004 an der Vorbereitung.

Die Antikriegsaktion war geplant zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, dem 8. Mai 2005, in Berlin und Potsdam. Stattfinden konnte das Ganze aber dann erst 2006, nachdem die Aktion im Jahr zuvor in Berlin verboten wurde:



Es sollte der tote deutsche Soldat aus einem Gedicht von Bertolt Brecht „Die Legende vom toten Soldaten“ unter der Aufsicht von 4 Veteranen der Antihitlerkoalition begraben werden.

Brecht schrieb das Gedicht nach dem Ersten Weltkrieg. Er beschreibt darin, wie ein toter Soldat unter dem Jubel der Volksmassen wieder ausgegraben und zurück in den Krieg geschickt wird, so wie Kaiser und Generäle, um den Krieg zu verlängern und die Niederlage hinauszuschieben, auch die schon zu Krüppeln geschossenen Soldaten wieder an die Front schickten. Von den Faschisten wurde Brecht wegen dieses Gedichts 1935 ins Exil gejagt, als Verräter ihrer

geplanten Kriege gegen das eigene und gegen andere Völker.

## Brecht verboten – Was letztes Jahr zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus geschah

Die Organisatoren der Aktion „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“ meldete die Stationen der Aufführung, u.a. den Reichstag, am 4. Oktober 2004 beim Polizeipräsidium in Berlin an. Am 15. November reichten sie die genaue Route nach. Sie erhielten die Antwort, die Anmeldung könne nicht berücksichtigt werden, da die Jungen Nationaldemokraten (die NPD-Jugend) am 4. November den Platz am Brandenburger Tor angemeldet hätten. 4. Oktober und 4. November? Was ist mit dem Erstanmelderrecht? Was ist mit dem Sicherheitsabstand von 2 km zwischen Faschisten und Antifaschisten? Eigentlich hätte man die JN an diesem Tag dort gar nicht zulassen dürfen. Ein juristischer Kampf begann, wer am 8. Mai, dem Tag der Befreiung, die Straße bekommt, ein antifaschistisches Antikriegsprojekt oder die Nazis? Der Polizeipräsident von Berlin bekam viele Zuschriften von Menschen, die die Aktion „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“ unterstützten. Organisationen, Gewerkschaftsgremien und Einzelpersonen, sogar aus dem Ausland, empörten sich darüber.

Der Senat von Berlin entschied die Sache dann einfach, indem er sich für kei-



## Der berittene tote Soldat und die Reichstagspolizei

Schon lange geistert der tote deutsche Soldat wieder durchs Land und wird immer wieder gesehen, z.B. am Reichstag in Berlin, wenn dort die nächsten Auslandseinsätze der Bundeswehr beschlossen werden.

Auf einem Pferd ließen wir den toten Soldaten eine Woche lang, vor dem 8. Mai 2005 durch Berlin geistern, begleitet von einer Musiktruppe, die die „Legende vom toten Soldaten“ spielte, von Flugblattverteilern und Spendensammlern. Schon am Montag zog es ihn dann zum Reichstag. Er ritt die Rampe vor dem Gebäude hinauf und ließ sich auf der Treppe fallen, bis ihn die Reichstagspolizei entfernte. Doch eigentlich wollte der tote Soldat ja auch mal in den Reichstag hinein, an seinen angestammten Platz. Also musste ein „Schlachtplan“ entworfen werden. Letztendlich brauchten wir vier tote Soldaten dazu. Einer geisterte weiter mit dem Pferd durch die Stadt. Einer ließ sich mit einer Fahrradrickscha auf die Treppe des Reichstags bringen und dort fallen. Ein dritter tauchte derweil im Foyer des Reichstags auf, taumelte noch eine Runde bis er dort tot umfiel. Als die Reichstagspolizei völlig aufgeschreckt beide Leichen ins Gebäude zog, tauchte dann noch ein vierter Soldat aus der Besucherschlange auf. Mit diesem letzten wurde nicht zimperlich umgegangen. Man zog ihn in ein Auto und setzte ihn im Grunewald aus.

ne Seite entschied. Er pflanzte auf den Platz vor dem Brandenburger Tor „Das Fest für Demokratie“. Ein bierseliges Deutschlandfest, dessen Hauptaussage war: 60 Jahre danach – Wir sind wieder wer! Nirgends kam dort einer unserer Befreier zu Wort, kein Gedenken an

die Millionen, die für die Niederschlagung des Faschismus ihr Leben gaben. Während die Faschisten marschieren durften, blieb „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“ bis zuletzt durch Berliner Gerichte verboten. Eine Farce, wenn man bedenkt, dass das Potsdamer Verwaltungsgericht die Stadt Potsdam anwies die Aktion an

keiner Station mehr zu behindern und die Aufführung nach dem Grundrecht auf Kunst- und Versammlungsfreiheit erlaubte.

Wie sehr das „Fest für Demokratie“ demokratisch war, zeigte sich auch, als die Aktivisten dort auf das Verbot aufmerksam machen wollten: reihenweise wurden Plakate und Transparente beschlagnahmt und Platzverweise folgten.

**Und was passierte dann am 13. und 14.5.2006?**

Nach zähem juristischem Ringen und nur durch die Hartnäckigkeit des Aktionsbüros, musste jede der Stationen für die Aktion frei gegeben werden. Und das sah dann so aus:



Ein Krokodil stieg in unmittelbarer Nähe des Reichstags aus dem Wasser der Spree. Empfangen wurde es von Reichstagsbediensteten auf einem roten Teppich. Es zögerte und entschloss sich doch weiter zu schwimmen. Warum? War die Zeit noch nicht reif oder gefielen ihm die Menschen nicht, die am Ufer auf sein Erscheinen warteten? Während dieser Zeit lag der tote Soldat aufgebahrt auf einem Unimog der Bundeswehr vor dem Reichstag. Das Gedicht wurde verlesen. Es tauchten zwei sowjetische Panzer auf, die auf die Rampe des Reichstages fuhren, den



toten Soldaten in die Zange nahmen und nach Potsdam brachten. Ein langer Autokorso mit den Fahnen der Antihit-

lerkoalition schloss sich ihnen an. Am Gebäude des ehemaligen Alliierten Kontrollrats machten sie einen Zwischenstopp. Das Gebäude war bis 1945 das „Blutgericht unter Freisler“. 1945 tagte dort die erste Sitzung der Nürnberger Prozesse, ehe hier der Alliierte Kontrollrat einzog. Dort hielten vier Veteranen des 2. Weltkriegs als Vertreter ihrer Länder – der ehemaligen Sowjetunion, Großbritannien, den USA und Frankreich – Reden in ihren Landessprachen. Es sprachen Menschen, die mithalfen, uns vom Nationalsozialismus zu befreien.

Am nächsten Tag traten sie in Potsdam aus den Villen, in denen 1945 die Staatsoberhäupter ihrer Länder während des Potsdamer Abkommens wohnten. Sie stiegen zusammen in



einen Jeep und fuhren zur Glienicker Brücke. Diese Brücke wurde im Kalten Krieg bekannt, da über sie die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten verlief und dort der eine oder andere Agentenaustausch stattfand. Dort nahmen sie den toten Soldaten in Empfang und brachten ihn nach Potsdam. Nachdem sie weg waren, zogen zwei Frauen einen Grenzstrich. Das Krokodil tauchte auf und krabbelte über die Grenze von West nach Ost.

Die Himmlischen Vier brachten den toten Soldaten nach Potsdam zum Glockenspiel, dem Standort der ehemaligen Garnisonkirche. Diese war Jahrhunderte lang Symbol des preußisch-deutschen Militarismus, wo Kriegstrophäen ausgestellt, Soldaten vereidigt und 1933 am „Tag von Potsdam“ Hindenburg die Macht an Hitler per Handschlag abgab. Die Garnisonkirche wurde am 14.4.1945 beim



Luftangriff auf Potsdam zerstört, beim letzten Hauptbombenangriff auf eine deutsche Stadt.

Während der Aktion wurde in der Nacht vom 13. auf den 14. daran erinnert: durch Luftschutzalarm und einem Weltkriegsbomber, der über der Stadt kreiste, und Flugblätter der „Weißen Rose“, die abgeworfen wurden.

Potsdam, bereits im 2. Weltkrieg Sitz des Generalstabs, ist heute wieder Sitz des Generalstabs, auch wenn er sich

**16 Jahre Kampf um den Reichstag**

Im Jahre 1990 zog der Anachronistische Zug von Bertolt Brecht auf Wagen von Bonn nach Berlin. Dort sollte er vor dem Reichstag enden. Das wurde nicht erlaubt. Noch 2005 hatte sogar das Bundesverfassungsgericht eine Nutzung des Reichstages durch „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“ verboten. 2006 stand dann ein Fahrzeug des Anachronistischen Zugs, der Bundeswehr-Unimog mit dem toten Soldaten vor dem Reichstag. Das Oberverwaltungsbericht Berlin hatte dem Aktionsbüro „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“ das Recht auf Kunst- und Versammlungsfreiheit stattgegeben, auch innerhalb der befriedeten Zone um den Reichstag. Der Polizeipräsident von Berlin, Herr Hass, wollte sich weigern diesem Gerichtsbeschluss zu folgen: „Sie kommen mir nicht dort hoch...“ Doch die offene Ankündigung des Polizeipräsidenten das Urteil missachten zu wollen, veranlasste das Gericht zu einer entsprechenden Verfügung. Trotzdem war bis zum Schluss nicht klar, ob die Polizei uns in den Bereich vor den Reichstag lassen würde. Dann endlich wurden die Steinquader, die Autos am Befahren des Vorplatzes und der Rampe hindern, in den Boden gelassen und Unimog und Panzer fuhren hindurch.



selbst heute bescheiden nur Einsatzführungskommando der Bundeswehr nennt. Von dort wird derzeit u.a. der Einsatz im Kongo für die gesamten europäischen Streitkräfte koordiniert. Ein würdiger Ort also, um den deutschen Soldaten zu begraben. Die Veteranen, die „Himmlichen Vier“, wiesen uns an, dies zu tun. Zuvor stand der tote Soldat ein letztes Mal von seiner Trage auf, ging zum Mikrophon, sagte, er möchte doch endlich in Ruhe gelassen werden



und stieg in sein Grab. Und gerade als die Beteiligten das Grab zugeschaufelt hatten, tauchte aus einem Gebüsch das Krokodil wieder auf. Die Himmlichen Vier ließen den toten Soldaten daraufhin wieder ausgraben und nahmen ihn mit. Das Ziel blieb unbekannt.

Ein Sprecher trat auf und entließ uns mit den Worten: **Unsere Aufgabe ist nicht, den HIMMLISCHEN VIER und dem toten Soldaten zu folgen. Unsere Aufgabe ist, die deutschen Kriege dort zu bekämpfen und zu verhindern, wo sie vorbereitet werden.**

Lieb war es den Oberen und ihren Helfershelfern nicht, diese Aktion in irgendeinem Punkt zur Durchführung kommen zu lassen. So wussten wir oft bis zur letzten Stunde nicht, ob Stationen nun genehmigt wurden.

Eine Sperrung der Spree für eine halbe

Stunde für die Landung des Krokodils? Unmöglich! So kamen die Besucher aus aller Herren Länder auf ihren Ausflugsdampfern zu einem ganz besonderen Schauspiel.

Eine Nutzung des Balkons des Kammergerichts (Alliiertes Kontrollrat) und der Fahnenständer dort, wie vor 60 Jahren? Aber nicht

für die Himmlichen Vier. Sie durften nur vor dem Gebäude stehen.

Ein Bomber über Potsdam? Aber bitte nur in 2000 Fuß Höhe. Niedriger könnten Autofahrer dadurch abgelenkt werden. Nein und auf keinen Fall Flugblätterabwurf und Luftschutzalarm. Wenn sich solch ein Flugblatt genau auf der Windschutzscheibe eines Autos niederlässt, was kann da alles passieren?

Und wer würde denn den ganzen Dreck hinterher wieder von der Straße räumen? Die Flugblätter der antifaschistischen Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ aus dem 2. Weltkrieg, heute also schon wieder Dreck? Und erst der Alarm! Den nur bis 60dB, also Zimmerlautstärke. Letztendlich kam es zu keiner Massenkarambolage und nur die Autos, die dem Panzer in Potsdams engen Gassen im Weg standen, mussten wir, weil die Polizei dazu nicht in der Lage sein wollte, aus dem Weg räumen.



Sperrung der Glienicker Brücke? Blöd, dass genau dort immer noch die Grenze verläuft. Die Potsdamer Polizei wollte sperren, während das für die Westberliner Polizei unmöglich war. Diese maßte sich auch noch an, den Tross bis hinein nach Potsdam zu begleiten. Das war dann doch zuviel für die Potsdamer Polizei, die ihre Berliner Kollegen aufforderte wieder auf ihr Territorium zurückzukehren.

## Was ist denn nun „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“?

Thomas Schmitz-Bender hat es mal so beschrieben: Man kann es sich wohl aussuchen. Ist es ein Volksmärchen, weil etwas geschieht, was so nie geschehen wird oder ist es ein Lehrstück? „Das Lehrstück lehrt dadurch, dass es gespielt, nicht dadurch, dass es gesehen wird. Prinzipiell ist für das Lehrstück kein Zuschauer nötig, jedoch kann er natürlich verwertet werden.“ (Bertolt Brecht, „Zur Theorie der Lehrstücke“)

Für uns war es oft eine gute Schulung, weil die vielen Stationen uns anregten, uns mit diesen Themen näher zu befassen. So haben wir Wochenendseminare, z.B. eins zur Garnisonkirche in Potsdam gemacht, wo wir Karl Gass einluden, einen Dokumentarfilmer der DEFA, der ein Buch über die unselige Tradition dieser Kirche schrieb. Oder die Winterschulen in zwei Ländern der „Himmlichen Vier“, Frankreich und Großbritannien, die wir nutzten, um die Geschichte dieser Länder im Kampf gegen den deutschen Faschismus kennen zu lernen. Dadurch, dass für den Luftschutzalarm über Potsdam ein Radiosender angeschafft wurde, hatten wir die Möglichkeit, ein für uns „neues“ Medium zu erschließen – das Radio. Wir produzierten Sendungen zu den verschiedensten Themen. Da waren Hörspiele, wie die Vertonung des Romans *Der Sieg* zum Potsdamer Abkommen oder auch Kindersendungen zu Krieg und Frieden dabei. „Radio Himmliche Vier“ war nicht nur dreimal in Potsdam, sondern mit einigen Sendungen auch in Bremen, Frankfurt/M., Regensburg und München zu hören.

„Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“ ist mehr als nur eine Antikriegsaktion, die einmal stattfindet und dann war's das. Sie war und ist eine Aktion im Brecht'schen Sinne, bei der die Köpfe rauchen und die Geister sich scheiden.

Zur Erinnerung an vergangene und zur Warnung vor kommenden Kriegen.

Anita

# Die Herrschenden erklären den Notstand zum Alltag

**B**evor 1968 die Notstandsgesetze in der BRD beschlossen werden sollten, gingen Hunderttausende dagegen auf die Straße. Warum? – Weil sie darin eine Gefahr für die bürgerliche Demokratie sahen. Weil die Notstandsgesetze den Herrschenden ermöglichen, das Parlament außer Kraft zu setzen und die Bundeswehr gegen das Volk marschieren zu lassen. Weil gerade erst 23 Jahre vergangen waren, seitdem der deutsche Faschismus niedergeschlagen wurde.

Heute glaubt fast keiner mehr daran, dass die bürgerliche Demokratie durch den Faschismus ersetzt werden könnte. Man könnte meinen, die BRD hätte sich zu einem friedlichen Land entwickelt. Das Gegenteil ist der Fall. Die BRD ist seit 1945 größer geworden durch die Annexion der DDR. Die BRD führt Krieg, z.B. gegen Jugoslawien und Afghanistan. Deutsche Soldaten stehen wieder in aller Welt, z.B. im Kongo und zahlreichen anderen Ländern. Die bürgerliche Demokratie wurde seither nicht gefestigt, sondern abgebaut. Es ist Zeit aufzuwachen!

Die Notstandsgesetze von 1968 ermöglichen den Herrschenden im Notstand, die bürgerliche Demokratie stückweise einzuschränken. Was aktuell passiert, ist, dass die Herrschenden die bürgerliche Demokratie selbst stückweise abschaffen. So soll vieles, was im Not-

stand gilt, auch ohne, dass der Notstand ausgerufen wurde, gelten. Damit wird der Notstand zum Alltag und dieses Land entfernt sich mehr und mehr davon ein bürgerlich demokratisches Land zu sein.

## Armee gegen das Volk

Musste in der Vergangenheit erst der Notstand erklärt oder der Verteidigungsfall ausgerufen werden, so soll die Bundeswehr zukünftig ohne Einschränkung in Friedenszeiten im Innern eingesetzt werden.

Dann aber nicht mehr nur bei Katastrophen, zum Schutz von Objekten oder zur Unterstützung der Polizei, wie es bisher im Grundgesetz vorgesehen ist. Zukünftig soll die Bundeswehr genauso wie in Afghanistan Aufstände im eigenen Land bekämpfen können. Die Proteste des Volks sollen so bereits im Keim erstickt werden können.

Bisher war je ein so genannter „Beauftragter der Streitkräfte für regionale Angelegenheiten“ in 27 Bezirken und 50 Kreisen für die Zusammenarbeit mit

den zivilen Stellen wie Polizei, Technischem Hilfswerk (THW) oder Rotem Kreuz zur Vorbereitung des Notstands aktiv.



*Demonstration gegen die Notstandsgesetze 1968 in Bonn*

Bis Mitte 2007 sollen diese durch den sogenannten „Beauftragten der Bundeswehr für die Zivil-Militärische Zusammenarbeit“ in über 429 Kreisen und Städten und 34 Bezirken versechsfacht werden. Jedem dieser Beauftragten sollen zudem bis zu 10 Reservisten unterstellt sein. Die „Beauftragten“ sind dabei Reservisten in besonderen Stellungen im zivilen Berufsleben (Staatsanwälte, leitende Funktionen in Hilfsdiensten).

Ziel ist laut Bundeswehr „die räumliche Deckungsgleichheit ziviler und militärischer Strukturen, klare militärische Zuständigkeiten auf allen Ebenen der Zusammenarbeit“ und eine „größere Konzentration der militärischen Zuständigkeiten“. Seit 2004 wurden die ersten „Beauftragten“ ernannt und während der WM 2006 wurden die ersten aktiv. Die Bundeswehr verbessert damit bereits in Friedenszeiten entscheidend ihren Einfluss auf zivile Hilfstruppen, die gegen das eigene, aber auch gegen die Völker anderer Länder zum Einsatz

### Was ist der Notstand?

1968 wurden in der BRD die Notstandsgesetze erlassen. Sie treten in Kraft, wenn die Regierung den Notstand ausruft, z.B. im Verteidigungsfall, also wenn das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder wenn die Herrschenden ihre freiheitlich demokratische Grundordnung in Gefahr sehen, beispielsweise durch einen Aufstand.

Die Notstandsgesetze erfüllen in diesem Fall zwei Aufgaben: Erstens wird die Wirtschaft zur Kriegswirtschaft und zweitens erhält die Regierung weitreichende Möglichkeiten, jeden Widerstand aus der Bevölkerung niederzuschlagen.

Im Verteidigungsfall kann auch der Bundestag zeitweilig aufgelöst werden und durch einen 48köpfigen Ausschuss ersetzt werden, den so genannten Gemeinsamen Ausschuss. Dies tritt dann ein, wenn der Gemeinsame Ausschuss der Meinung ist, dass der Bundestag nicht rechtzeitig zusammen kommen kann oder nicht beschlussfähig ist. In diesem Fall kann der Gemeinsame Ausschuss auch selber den Verteidigungsfall ausrufen, was die Aushebelung einer ganzen Reihe von Grundrechten der Bevölkerung zur Folge hat.

Von den Ermächtigungsgesetzen, mit dessen Hilfe die Faschisten in der Weimarer Republik an die Macht kamen, sind wir da nicht mehr weit entfernt. Im Verteidigungsfall können alle Männer bis 59 Jahren für den Krieg eingezogen werden und alle Frauen und Männer können zur Arbeit gezwungen werden. Gegen Streiks kann mit Waffengewalt vorgegangen werden.

Wenn der Notstand ausgerufen wurde, kann die Bundeswehr gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden und eine Reihe von Grundrechten, wie z.B. das Postgeheimnis oder das Recht auf Freizügigkeit, werden außer Kraft gesetzt.

gebracht werden können.

So hat allein das Technische Hilfswerk über 80.000 fest organisierte und geschulte freiwillige Mitglieder. Die Technische Nothilfe, Vorläuferorganisation des Technischen Hilfswerks, wurde übrigens 1919 von reaktionären Freikorps gegründet, um sie als Streikbrecher gegen die Arbeiter einzusetzen. Wegen der Unterstützung des deutschen Faschismus an der Heimatfront und in den besetzten Ländern wurde



das Technische Hilfswerk von den Alliierten aufgelöst.

Doch dieser Einsatz der Reservisten und die Indienststellung der zivilen Kräfte reichen der CDU/CSU noch nicht aus. Diese fordert seit 2004 in ihrem Heimatschutzkonzept die Einrichtung von 50 Regionalbasen im Inland, die mit bis zu je 5.000 Soldaten, also 250.000 gesamt, besetzt werden können. Das heißt nichts anderes, als dass die CDU/CSU heute bereit wäre, die gesamte Bundeswehr gegen das Volk marschieren zu lassen.

**Das „Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe“ (BBK): Zentrale Besatzungsbehörde für das Ausland?**

Das am 1. Mai 2004 gegründete „Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe“ trägt einen geradezu lammfrommen, zivilen Namen. Seine Aufgabe liegt aber gerade darin, den Katastrophenschutz zu militarisieren. So sitzen neben Organisationen wie dem Deutschem Roten Kreuz oder der Feuerwehr auch die Bundespolizei und die Bundeswehr im „Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe“.

Nach eigener Aussage des Bundesamts

entspricht das zweigeteilte deutsche Katastrophenvorsorgesystem, also die Unterscheidung zwischen militärischen Angriffen als Aufgabe des Bundes und „friedensmäßigen“ Katastrophen in der Zuständigkeit der Länder, nicht mehr den neuen Anforderungen. Das hat weitreichende Konsequenzen, denn hier geht es darum, den Begriff der Katastrophe zu verwässern und die Möglichkeit der Regierung, die Bundeswehr im Innern einzusetzen, zu vergrößern, ohne dass sie dafür den Verteidigungsfall ausrufen muss. So wird auch die

**Aus der Geschichte ...**

Die Armee im Innern des eigenen Landes zur „Lösung“ von politischen Problemen einzusetzen, hat in Deutschland eine lange und bittere Tradition.

Welche Rolle der Armee von den jeweils Herrschenden dabei zgedacht ist, machte schon Kaiser Wilhelm II. anlässlich einer Rekrutenvereidigung im November 1891 deutlich:

„Bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben kann es vorkommen, dass ich Euch befehle, Eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschießen.“ So marschierten im Kaiserreich mehrfach Truppen gegen das Volk auf, z.B. 1912 gegen den Bergarbeiterstreik an der Ruhr oder gegen Hungeraufstände während des 1. Weltkriegs.

„Zivil-militärisch-polizeiliche Zusammenarbeit (ZMZ/CIMIC)“ als eine Aufgabe des BBK genannt. Nach geltender NATO-Definition ist CIMIC vor allem ein militärisches Instrument, das in erster Linie der Besetzung eines Landes dienen soll. Das lässt die Schlussfolgerung zu, dass dieses Bundesamt nicht nur für den Einsatz im Inland, sondern auch zur Unterstützung der Bundeswehr bei Einsätzen geschaffen wurde. Quasi als zentrale Besatzungsbehörde



Die paramilitärischen SEK Einheiten genügen Ihnen nicht mehr gegen das Volk – die Bundeswehr soll her!

fürs Ausland. Wer das nicht glaubt, braucht nur auf die Website des Bundesamts zu gehen. Dort wurde jüngst vermeldet: „BBK koordiniert deutsche Hilfe für Krisenregionen Libanon und Zypern“.

Eine weitere Aufgabe des BBK ist die Koordinierung des Schutzes kritischer Infrastruktur. In einer vom BBK herausgegebenen Broschüre für Unternehmen wird deutlich, vor wem diese kritische Infrastruktur geschützt werden soll. Neben Terroristen und Umweltkatastrophen werden auch die eigenen Arbeiter als potentielle Gefahr eingestuft. So steht in der Broschüre unter dem Punkt Schutzziele: „Während Konzepte zum Schutz gegen Eingriffe von außen in nicht unerheblicher Anzahl existieren, besteht für den Bereich möglicher Gefährdung durch Inntäter verstärkt Handlungsbedarf.“ Wobei als eine Ge-

**Trennungsgebot**

„Keine Bundespolizeibehörde darf Befehlsgewalt über Landes- oder Ortspolizeibehörden besitzen.“ Der Verfassungsschutz „soll keine Polizeibefugnisse haben.“ (Polizeibrief der Alliierten Militärgouverneure vom 24.4.1949)

„Das Rechtsstaatsprinzip, das Bundesstaatsprinzip und der Schutz der Grundrechte können es verbieten, bestimmte Behörden miteinander zu verschmelzen oder sie mit Aufgaben zu befassen, die mit ihrer verfassungsrechtlichen Aufgabenstellung nicht vereinbar sind. So dürfen die Zentralstellen für Zwecke des Verfassungsschutzes oder des Nachrichtendienstes – angesichts deren andersartiger Aufgaben und Befugnisse – nicht mit einer Vollzugsbehörde zusammengelegt werden.“ (Bundesverfassungsgericht 1997, 198, 217, unter Hinweis auf den Polizeibrief der Alliierten Militärgouverneure vom 24.4.1949)

fährungsart durch diese Innetäter das „Schalten und Abschalten von Einrichtungen“ genannt wird. Das passiert bei jeder Tarifrunde, wenn die Arbeiter die Maschinen abstellen und in den Streik gehen.

**Das „Gemeinsame Terrorismus-Abwehrzentrum“: Vorläufer eines neuen Reichssicherheitshauptamts**

Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung wurden in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen in die Wege geleitet. Ob sie diesen Zweck auch erfüllen, ist selbst unter den Herrschenden umstritten. Einen Zweck erfüllen sie in jedem Fall: Sie verstärken den Gewaltapparat der Herrschenden und damit ihre Möglichkeiten, gegen das Volk vorzugehen. Ferner werden so zahlreiche Grundrechte außer Kraft gesetzt, teilweise durch Gesetzesänderungen oder durch das willkürliche Hinwegsetzen über diese. Darunter sind auch wichtige Bestimmungen, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg auferlegt wurden, damit es nie wieder die Völker der Welt überfällt, und um einen neuerlichen Faschismus auszuschließen.

Eine solche Maßnahme ist die Bildung des „Gemeinsamen Terrorismus-Abwehrzentrums“ im Dezember 2004. Hier feiern u.a. Nachrichtendienste, Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Landeskriminalämter fröhliche Vereinigung. Eine Vereinigung, die es in diesem Land auf Grund seiner Geschichte nie geben dürfte. Die Alliierten haben nach den Erfahrungen mit dem deut-

**Nichtachtung des Grundgesetzes, nur ein Beispiel:**

Artikel 29, GG [Verbot des Angriffskrieges] (1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

Dieser Artikel hinderte die BRD nicht an dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien im Jahre 1999. Strafanzeigen deswegen gegen die damalige Bundesregierung wurden nicht einmal zur Gerichtsverhandlung zugelassen.

**Was ist CIMIC (civil-military cooperation)?**

„CIMIC-Aktivitäten sind integrierter Bestandteil des militärischen Einsatzkonzepts und sollen die Auftragserfüllung begünstigen. [...] CIMIC ist mit anderen Worten also ein militärisches Instrument.

Direkte Unterstützungsleistungen zu Gunsten ziviler Partner und der Bevölkerung können ein Teil von CIMIC sein, sind aber nie dessen Essenz. Hilfsprojekte, welche einzelne Truppenteile im Rahmen friedensunterstützender Operationen zu Gunsten der lokalen Bevölkerung unternehmen, erfüllen die offiziellen CIMIC-Kriterien in aller Regel eher selten. Sie entspringen häufiger dem Willen zu helfen als den Erfordernissen der Auftragserfüllung.“

(Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift Nr. 6, 2006, Bruno Rösli, „Zivil-militärische Zusammenarbeit in internationalen Friedensoperationen“)

schen Faschismus verfügt, dass Polizei und Geheimdienst getrennt werden müssen. Dieses sogenannte Trennungsgebot geht auf den Polizeibrief der Alliierten zurück und findet sich in zahlreichen Gesetzen wieder. Das Trennungsgebot sollte die neuerliche Herausbildung einer Geheimen Staatspolizei (Gestapo) bzw. eines Reichssicherheitshauptamts verhindern. Das Reichssicherheitshauptamt war das wichtigste Organ der faschistischen Unterdrückungs- und Terrorherrschaft. Es fasste Geheime Staatspolizei, Kriminalpolizei und Sicherheitsdienst in einem zentralen Amt zusammen. Von hier aus wurde die gesamte Verfolgungs- und Vernichtungspolitik gesteuert. Eine derartige Behörde sollte in diesem Land nicht einmal in Ansätzen wieder entstehen.

Noch vor vier Jahren riet die Bertelsmannstiftung den Regierenden in einem Gutachten: „Die Gründe, die gegen die Errichtung eines solchen zentralen Amtes für öffentliche Sicherheit sprechen, sind ebenfalls offenbar: Das Lösungsmodell würde nach meiner Einschätzung von keiner der im Bundestag vertretenen Parteien akzeptiert. Die veröffentlichte Meinung würde wegen der Zusammenlegung von BKA und Verfassungsschutz aus historischen Gründen von einem Tabubruch und einen ‚Anschlag auf den Rechtsstaat‘ sprechen. Die – ebenso nahe liegende wie unrichtige – Bezeichnung als ‚Bundessicherheitsamt‘ wäre ein politisches Totschlagargument, da die politisch wirksame Assoziation mit dem Reichssicherheitshauptamt hergestellt würde.“

Auf die Bezeichnung Bundessicherheitsamt wurde klugerweise verzichtet, aber das Gemeinsame Terrorismus-Abwehrzentrum ist nichts anderes, wenn es auch nicht in Form einer Bundesbehörde eingerichtet wurde. Da können die Herrschenden noch so oft betonen,

**In „guter“ Tradition:**

Die Bundeswehr wurde 1955, gerade mal 10 Jahre nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus, zum Großteil von Generälen und Offizieren der faschistischen Wehrmacht aufgebaut. Bei den Faschisten hatten diese die Pläne für den Überfall, den Raub und den Mord an fast allen Völkern Europas und der Sowjetunion ausgearbeitet und dann deren Durchführung organisiert.

Seit ihrer Gründung hielten Kreise der Bundeswehr regelmäßig Kontakt zu ehemaligen Mitgliedern der SS, die die Unterdrückung des eigenen Volkes, der besetzten Länder und den Mord an Millionen Menschen in Europa organisierten und durchführten.

dass das Trennungsgebot gewahrt bleibt, da ja Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt in verschiedenen Gebäuden untergebracht seien. Hier ist viel interessanter, was die unmittelbar Beteiligten dazu zu sagen haben wie der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, der zu Protokoll gab: „Noch nie hat es in Deutschland einen engeren Informationsaustausch zwischen derart vielen Behörden gegeben. Hier ist ein bürokratiefreies Arbeiten möglich.“ Dabei ist dieses Zentrum nicht nur auf Informationsaustausch beschränkt, wie es in der Öffentlichkeit hingestellt wird. So steht in der Beschreibung: „Ziel ist es, einen Informationsaustausch in strukturierter Form unmittelbar mit der Abstimmung operativer Maßnahmen zu verknüpfen.“ Hier soll also auch gehandelt werden.

### Wir sollten auch handeln!

Mit der DDR gab es auf deutschem Boden bereits einmal einen Staat, der demokratischer und über 40 Jahre Garant für den Frieden war.

Aus der Verfassung der DDR aus dem Jahre 1968:

„Artikel 8 (1). Die allgemein anerkannten, dem Frieden und der friedlichen Zusammenarbeit der Völker dienenden Regeln des Völkerrechts sind für die Staatsmacht und jeden Bürger verbindlich. Die Deutsche Demokratische Republik wird niemals einen Eroberungskrieg unternehmen oder ihre Streitkräfte gegen die Freiheit eines anderen Volkes einsetzen.“

Die Verfassung der DDR wurde mit

750.000 Veranstaltungen zur Aussprache vorab diskutiert und per Volksentscheid angenommen. Die DDR hat sich, bis sie von der BRD annektiert wurde, an ihre Verfassung gehalten – im Gegensatz zur BRD.

Im Artikel 6 der Verfassung der DDR ist Folgendes formuliert:

„(1) Die Deutsche Demokratische Republik hat getreu den Interessen des deutschen Volks und der internationalen Verpflichtung aller Deutschen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet und betreibt eine dem Frieden und dem Sozialismus, der Völkerverständigung und der Sicherheit dienende Außenpolitik.

(4) [...] Sie setzt sich für allgemeine

Abrüstung ein.

(5) Militaristische und revanchistische Propaganda in jeder Form, Kriegshetze und Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhass werden als Verbrechen geahndet.“

In einem solchen Staat mit einer solchen Verfassung würden wir lieber leben.

Wenn wir das erreichen wollen, müssen wir heute in beiden Ländern darum kämpfen, dass wir uns die demokratischen Rechte erhalten und diesen Umbau des Staates verhindern.

Anita

## Sondergesetze für Schulkinder erwerbsloser Eltern

Vor ein paar Wochen erhielt meine Mutter einen Brief, wie viele Mütter und Väter in Bremen, die auch ein Kind in meinem Alter haben. Meine Mutter ist erwerbslos und bekommt Arbeitslosengeld II. Deshalb bekam sie diesen Brief von der BAGIS-West (zuständige Stelle für Arbeitslosengeld-II-Empfänger). Die BAGIS ist der Meinung, dass die Kinder von erwerbslosen Eltern schlechte Schulleistungen erbringen würden und dass der Grund dafür in einem unregelmäßigen Schulbesuch liegen würde. Wir würden später Kosten verursachen, weil wir keine Ausbildung oder Arbeit fänden. Ein Studium wird schon gar nicht erst erwähnt. Da wir durch unsere Eltern in einer so genannten Bedarfsgemeinschaft leben, gilt auch für uns die Hartz-IV-Gesetzgebung. Dadurch, so die BAGIS, „unterliegen auch jugendliche Hilfeempfänger der Verpflichtung, alles Erforderliche zu tun, um ihre Hilfsbedürftigkeit zu beenden oder zu verringern“. Ich kann zwar genauso wenig wie meine Mutter etwas dafür, dass in diesem Land über

4 Millionen Arbeitsplätze fehlen, aber ich stehe jetzt vor dem Problem das ändern zu müssen, um mir eine andere Perspektive als die, die mir die BAGIS vorhersagt, zu verschaffen. Die BAGIS gibt vor mir dabei helfen zu wollen, indem sie eine besondere Schulbescheinigung von mir einfordert. Bisher musste ich eine allgemeine Schulbescheinigung vom Sekretariat vorlegen, damit sie wissen, dass ich zur Schule gehe und nicht für einen 1-Euro-Job oder Ähnliches zur Verfügung stehe. Die neue Schulbescheinigung, vom Klassenlehrer unterschrieben, soll Auskunft über die Regelmäßigkeit meines Schulbesuchs enthalten. Wenn darin festgehalten wurde, dass ich mehr als 14 unentschuldigte Fehltage habe, werde ich zusammen mit meinem Erziehungsberechtigten zu einem Gespräch bei der BAGIS vorgeladen. Es liegt dann in der Hand des Sachbearbeiters, mit uns eine „rechtsverbindliche Eingliederungsvereinbarung hinsichtlich des Schulbesuches“ zu schließen. Wer erwerbslos ist, weiß, was so eine Ein-

gliederungsvereinbarung bedeutet. Sie ist die Grundlage für Kürzungen des Arbeitslosengeld II bis hin zu dessen Streichung, also der Entziehung jeglicher Existenzgrundlage. Es gibt an meiner Schule, wie an allen anderen Schulen auch, bereits Regelungen, wie mit unentschuldigtem Fehltagen umzugehen ist, die gelten für mich wie für alle meine Mitschüler. Jetzt sollen für mich und einen Teil meiner Mitschüler, deren Eltern auch von Arbeitslosengeld II leben müssen, diese Sonderregelungen gelten. Mein Klassenlehrer entscheidet in letzter Konsequenz darüber, ob es bei uns zu Hause in Zukunft noch etwas zu Essen gibt oder nicht. Damit ist uns aber wenig geholfen, außer dass ich in Zukunft mit der Angst zur Schule gehe, einen Fehler zu machen oder es mir mit meinem Klassenlehrer zu verschmerzen und so meine Familie in Not zu stürzen. Daran, dass die Klassen völlig überfüllt und die Schulen schlecht ausgestattet sind, wird nichts geändert. Stattdessen wird der Druck auf uns erhöht und wir werden unter Sondergesetze gestellt, durch die wir weniger Rechte als unsere Mitschüler haben. Diese besondere Schulbescheinigung muss sofort wieder abgeschafft werden, bevor sie „Schule macht“ und überall eingeführt wird!

Julia

# Das Verbot der KPD vor 50 Jahren – Grundsteinlegung für die Remilitarisierung der BRD

August 1950, Adenauers Memorandum über den Plan einer westdeutschen Wiederaufrüstung löst weit tragende Folgen aus. Ab 1951 fanden nun Beratungen zwischen der westdeutschen Regierung und Vertretern der Westmächte statt. Es ging um den so genannten „deutschen Verteidigungsbeitrag“. Gleichzeitig wurden alle Verhandlungsangebote der DDR über Wege zu einer friedlichen Wiedervereinigung der beiden



deutschen Staaten in schroffster Weise abgelehnt. Später sollte diese Entwicklung in den Aufbau einer „neuen“ Wehrmacht gipfeln. Durchgeführt und beraten von ehemaligen Generalstabsgenerälen der „alten“ Wehrmacht.

Längst war klar, dass die konsequentesten Kämpfer gegen die Politik der kompletten Wiederbewaffnung und erneuten Kriegstreiberei bei den Kommunisten zu finden waren. Der radikaldemokratische Flügel der Friedensbewegung wurde von KPD-Initiativen gebildet. Hinzu kam, dass eine von der KPD mit aller Kraft unterstützte Volksbefragung, trotz Verbot und polizeilicher Verhinderungsmaßnahmen, das Nein der Bevölkerung zur Wiederbewaffnung klar bewies.

So wurde die Eliminierung der KPD innenpolitisch zum wichtigen Ziel für die Bonner Regierung. Im Sommer 1951 hatte der Staat bereits die Antifa-Jugendorganisation FDJ und den Rat der VVN verboten. Kurze Zeit später wurden die Tatbestände „Hoch-“, „Landesverrat“ und „Staatsgefährdung“ wieder in das Strafrecht eingeführt. Damit kam es nun zu breiten Verfolgungsaktionen nicht nur gegen Kommunisten. Am 23. November 1951 stellte die Adenauer-Regierung Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD.

Als 1956 der Präsident des 1. Senats des Bundesverfassungsgerichts, der für Verbotsverfahren gegen politische Parteien zuständig war, persönlich ver-

suchte, Adenauer zur Zurücknahme des Verbotsantrags zu bewegen, kam es sogar zu Änderungen der Gesetzgebung. So setzte man am 21. Juli 1956 mit dem „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht“ dem Senat de facto eine Frist für das Verbot bis zum 31. August 1956 (!). Ohne irgendeine Gerichtsverhandlung abzuwarten, ohne Anhörung der Angeklagten. Das Bundesverfassungsgericht handelte entsprechend den „politischen

legale Existenz der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Weg mit dem Verbot der KPD! Mit dieser Forderung stellten wir uns offensiv der Öffentlichkeit, mit einer zentralen Aktion in Berlin! Manche fragten, warum fordert ihr dies, ist jetzt der richtige Zeitpunkt dafür?

Dies fordern wir von der undemokratischen BRD, die eine KPD verbietet und natürlich kein Interesse daran hat, gegen offen faschistische Organisatio-



Notwendigkeiten“. „Termingerecht“, am 17. August 1956, wurde das Verbot der KPD verkündet.

1955 hatte das Adenauer-Blatt Rheinischer Merkur geschrieben: „Seit fast fünf Jahren findet die Wiederbewaffnung nicht statt... Dieser unwürdige Zustand muss beendet werden.“

Er wurde beendet und mit ihm die

nen vorzugehen, aus Überzeugung gegen dieses annektierende Deutschland! Der gleichen Überzeugung, mit der wir nach nunmehr 61 Jahren immer noch die Umsetzung aller Punkte des Potsdamer Abkommens einfordern! Denn es gilt, dieses bisschen Demokratie, dessen Import aus den Staaten der Anti-Hitler-Koalition mit Waffengewalt erzwungen werden musste, gegen alle Angriffe der Kräfte zu verteidigen, die emsig die Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs betreiben.

Der Zeitpunkt genau dafür ist genau jetzt!

Ringo



# Wer mehrere Weltkriege anzettelt...

Ironie: Genauso wie der deutsche Michel mit seinem Leben und letzten Groschen für "Preußens Glanz und Gloria" bezahlte, so wird auch das Stadtschloss von denen bezahlt, die in der BRD seit jeher und in der DDR seit 16 Jahren die Fußabtreter der "Nation" stellen.

Wenn der Abriss des Palastes der Republik beendet sein wird, wird sich die BRD für viel Geld ein weiteres Denkmal ihres angeborenen Antikommunismus, ein weiteres Denkmal ihres fundamentalen Zurückbleibens hinter demokratischen Standards, ein weiteres Denkmal ihrer Verkommenheit errichtet haben. 60% der Ostdeutschen sind gegen den Abriss (*Berliner Zeitung*). Wohl deshalb hat man groß die Worte "Demokratische Entscheidung" an den Baustellenzaun geschrieben. Diese scheinbar blinde Zerstörungswut scheint unverständlich und Viele reden von Geldverschwendung und Unvernunft.

Wir verstehen dies und können aus Sicht der Oberen keine Geldverschwendung erkennen. Der Palast, der – ganz gleich, ob intakt, leer stehend oder als Ruine – immer an eine Alternative

der Annexion der Deutschen Demokratischen Republik und der Entrechtung seiner Bevölkerung zeugt, muss weg.

Dieser Abriss, diese „Investition“, ist eine „Investition“ in die Bestandsicherung der herrschenden „Ordnungs“- und Eigentumsverhältnisse. So stellt das Vorgehen der Verantwortlichen gegen dieses Bauwerk eben keine Unvernunft dar.



**Mit Brecht zum Palast der Republik.** Einige junge Leute hielten an Pfingstsonntag gegen 14 Uhr vor den Augen Tausender Spaziergänger im Zentrum Berlins an der Abrissruine des Palastes der Republik eine rote Fahne und entrollten ein Transparent mit dem Brecht-Zitat (Man kann nicht mehrere Weltkriege anzetteln, ohne mit gewissen kulturellen Verlusten rechnen zu müssen) und der Forderung »Raus mit den Bilderstürmern, Kriegstreibern, Brandstiftern!«. Die Autos hatten die Buchstaben B.R. und D. schwarz auf dem ansonsten weiß und rot gehaltenen Transparent hervorgehoben. Gegen 17 Uhr entrollte die Obrigkeit rote Fahne und Transparente.

Der Schlossplatz ist "Schaustelle" der Widersprüche eines verfaulten Systems. Eines Systems der Millionäre und der Millionen Arbeitslosen, eines Systems nicht enden wollender deutscher Tradition von Rassismus, Faschismus und Krieg. Eine Tradition, die unterbrochen wurde von 40 Jahren verordnetem Antifaschismus.

Die gegenwärtige Politik, das, was hier zu sehen ist, ist nur zu gut zu verstehen. Denn, wer in Kriege treibt, der muss auch die Kriegstreiber vergangener Tage auf Marmorsockel setzen, ihre Taten weißwaschen und ihnen Schlösser bauen. Denn:

**„Man kann nicht mehrere Weltkriege anzetteln, ohne mit gewissen kulturellen Verlusten rechnen zu müssen.“**  
B. Brecht

FDJ Berlin



Die Zeiten für einen Palast, den sich Werktätige errichteten und der dann ihnen gehörte, sind vorerst vorbei. In heutigen Zeiten, in denen den Werktätigen nichts weiter gehört als die Freiheit, eine Brücke zu wählen, unter der sie nächtigen dürfen, ist ein Palast der Republik obsolet geworden. Und dieser Rückfall

zur herrschenden Ordnung erinnert, immer an das antifaschistische andere Deutschland, muss verschwinden. Der Palast, der von der umfassendsten Zerstörung gesellschaftlichen Eigentums seit dem Zweiten Weltkrieg, der von

in die Vorkriegszeit bedarf einer Symbolik. Eine zerschlagene Kulturstätte, die einem preußischen Prunkbau Platz macht, also der dunkelsten Vergangenheit, ist der passende Lorbeerkranz auf „Großdeutschlands“ Haupt. Und welch



# Die besiegte Stadt

Man wollte sie sehen, die junge Stadt im Osten, in die man kommen will, weil einen das Abenteuer packt, so wie es Hunderttausende packte; und sie kamen um was zu errichten, was seines gleichen suchen sollte! Doch findet man sich erneut nur wieder in einer dieser Städte, die man verlässt.

Schwedt verschwindet, verschwindet aus dem Gedächtnis, rast in die Bedeutungslosigkeit. Nur die Alten hält es am Ort, sie halten das Maul, und die Hände, die einst das Werk aus dem Boden stampften, liegen tatenlos im Schoß, erwecken den Anschein, selbst an alles durchdringende Zerstörung könne man sich gewöhnen wie an ein langes Regenwetter. So bleibt die Kirche im Dorf und das allabendliche Fernsehbild betäubt das bisschen Protest, auch weil man ganz allein nur irgendwie über die Runden kommt. Was übrig bleibt, wird runtergeschluckt oder bricht sich an manchem Nazistammtisch die Bahn. Auch denen rennt der Nachwuchs weg, in Richtung Westen, denn selbst der größte Dummkopf muss was fressen und im Osten ist schwer satt werden.

Schwedts „Umgestaltung“ funktioniert, leise, stetig und ungestört. Wohngebiete werden ausgelöscht, Schulen und Kindergärten, Kinos und Bühnen, Jugendklubs und Bibliotheken sinken kontrolliert in Schutt und Trümmer. Kein Dramatiker musste sich dieses Endzeitszenario ausdenken, die Realität schreibt den besseren Horrorfilm. So stampft man mitten im 21. Jahrhundert die Vernunft ein weiteres Mal in die Müllcontainer, Bücherverbrennungen heutiger Tage. Die Dummheit regiert, der Verstand ist ausgewandert und das richtet sich auf 1.000 Jahre ein.

Vielen geht's schlechter, wenigen besser und keinem so richtig Scheiße. Wie klar oder rosa die Welt gesehen wird, hängt davon ab, ob man Arbeit hat, alles hängt davon ab. Und so wie der Ort groß wurde, weil damals so viele kamen um Arbeit zu haben, so schwindet er weil so viele gehen, um Arbeit zu suchen. Eine ganze Generation verlässt Schwedt. Doch gibt's noch junge Familien im Städtchen und Kinder sind da, als wolle man nicht aufgeben. Viel Herzlichkeit trotz alledem. Man hört zu, spricht und lacht in Schwedt. Viel-

leicht hat er es hier ein wenig schwerer, der ungebetene Gast aus dem Westen. Ein Narr namens Antikommunismus. Vielleicht, weil so vielen in Schwedt eins eigen ist: diese Lebensläufe so untrennbar verwoben mit dem einen, um das hier alles rotiert, PCK!

Niemand entzieht sich dem Werk und beeindruckt fehlen die Worte, wenn man sich den Fackeltürmen nähert. Sie markieren die Nächte und durch des Werks stählerne Venen pulsiert das Öl ehemaliger Freunde. Und kein Gerede vom „größten Arbeitgeber der Region“, kein „GmbH“, das jetzt hinter allem steht, kann übertünchen, was hier auf der Fläche einer Kleinstadt ruht: ein Kombinat, wie ein gestrandetes Ufo, gigantischer Zeuge kommender Zeiten – es steht für seine Erbauer. Für die bessere Republik und die brachialste und umfangreichste Enteignung der Nachkriegsgeschichte, die manch einer noch Wiedervereinigung nennt. Als gäbe es keinen Unterschied zwischen Heute und Gestern, produziert das Werk. Man hatte es gebaut im Sozialismus, für den Sozialismus, im Wettlauf um den Frieden. So stand es in anderen Zeiten auf 1.-Mai-Transparenten und schallte von geschmückten

Rednerpulten in gelangweilte Gesichter, die nicht mehr zuhören mochten, nicht mehr verstanden. Vielleicht würden sie es jetzt. Die Reden sind vergessen, so wie die Redner. Geblieben ist das Werk, ohne Emotion und Rücksicht auf den Wechsel in der Chefbaracke erstreckt es sich weit ins Land. Es ruht bis zum Horizont auf seiner Wiese.

Hier auf öden Brachland hatte alles begonnen und hier endete es vor 16 Jahren. Es füllte die Lebenszeit einer Generation, die im Aufbruch kam, die mit unaufhaltsamer Gewalt den Frühling in den Boden schlug und sich im Schichtbetrieb den Kopf zerbrach, über die Probleme einer neuen Epoche. Einer Epoche, die Faschismus und Krieg hinter sich gelassen hatte. Eine Epoche, deren Menschen sich schworen, lieber auf ewig von trocken Brot zu leben, als je nur einmal wieder Krieg zu erfahren.



Heute ist wieder alles ganz anders. Denn diese Weichenstellung vor 16 Jahren hat jener deutschen Armee die Grenze geöffnet, deren Ziehväter schon Befehle brüllten, als es hieß für Führer, Volk und Deutsche Bank zwei Drittel der polnischen Bevölkerung auszura-dieren. Still scheint es zu sein, an der Oder bei Schwedt, aber ein anderer Blitzkrieg findet statt, dort drüben. Die Akteure sind die alten, seit 16 Jahren wird zurück expandiert... Mit jeder weiteren polnischen Firma, jedem weiteren Energieversorgungsunternehmen in deutscher Hand, mit jeder weiteren Dresdner-Bank-Filiale von Wroclaw bis Warschau, mit jedem weiteren vom „Alteigentümer zurück ins Reich“ gekauften Stückchen Polen. Sie sind zurück, nicht in Wehrmachtsuniform, nicht unter Hakenkreuzfahnen, sondern in feiner Anzugseide und einem Geschwätz von „Europa“. Das letzte Mal, als sie nach Polen „expandierten“, endete dies mit Bergen aus Leichen hinter den Toren von Auschwitz und einem Warschau in Trümmern. Auf der Flucht vor den Befreier hatten die Sprengkommandos der Wehrmacht verbrannte Erde hinterlassen. So rollten die Ketten der sowjetischen Panzer durch ein menschenleeres Trümmerfeld, das einst Warschau war, in Richtung

Deutschland. Und jeder Zoll dieses Nazideutschlands musste genommen werden und er wurde genommen, auf den letzten Kilometern vor der Oder ließen nochmal Millionen Antifaschisten im Kampf ihr Leben.

Wie an so vielen anderen Orten in der DDR sollte ein Mahnmal an die Befreier erinnern. So stellte man nach dem Krieg einen solchen sowjetischen Panzer unweit des Schwedter Stadtzentrums auf. Um mahnd zu erinnern an die Befreiung und den Alptraum, den Deutsche über die Welt gebracht hatten. Besucht man das Mahnmal, findet man lediglich einen leeren Platz. Dass der Panzer schon lange abgerissen ist, überrascht selbst heute noch manchen in Schwedt. Man hat das Verschwinden der antifaschistischen Gedenkstätte nicht bemerkt, nicht wahrgenommen. Nicht wahrgenommen, wie den Besitzwechsel, ihre eigene Enteignung, die kein Westauto auf Raten, kein billiger Urlaub auf Mallorca, kein Traum von den „eigenen vier Wänden“ ungeschehen macht. Nicht wahrgenommen, wie den Umstand, dass dieses Deutschland nun wieder bis Polen reicht, ein Polen, das keine Friedensgrenze mehr schützt. Kein Frieden in dieser Zeit, trotz aller Schwüre.

Was war den Menschen in Schwedt, in

der DDR, am Ende mehr wert als der Frieden? Und was wog schwerer als das erste bisschen Macht und Staat, das sie besaßen, in 40 Jahren aufgebaut, so schwer erkämpft? Was wurde aus den Leuten, als sie sich für das alles und am Ende für sich selbst ein paar Bonner Glasperlen in die Hand zählen ließen? Fragen stellen sich ohne Rücksicht, mischen sich ins monotone Summen des Automotors, der einen nach Hause bringt, weg von der besiegten Stadt. Was die Nacht im Rückspiegel zuletzt verschluckt, ist das Werk und seine Leuchttürme.

Brachland liegt wieder vor uns, wo sind seine Bezwinger? Keine Wege da, die aus dem Dreck führen, wer baut sie? Und unter hundert sind da vielleicht nur zwei, die das fragen. Und doch, werden sie sich finden, sie haben es immer getan. Ein nächstes Mal wird ihnen wieder viel zu Bruch gehen und doch werden sie weiter sehen als die Eltern, denn sie werden auf deren Schultern stehen, auf den Schultern von Giganten.

Für Melanies Vater

und all die anderen Arbeiter des Petrochemischen Kombinats in Schwedt

Ringo

## Nachruf

Ohne Vorwarnung, vollkommen unvorbereitet traf uns die erschütternde Meldung vom Tod des Genossen und Friends Stefan Mundt. Viele kannten ihn, einige kannten ihn gut, alle schätzten seinen unbesiegbaren Optimismus und seine Freude am Kampf. Nicht selten haben wir ihn wegen seines turbulenten Lebens und seiner uns in unserer Routine fremd scheinenden offenen Art ein wenig belächelt. Inmitten unserer hitzigen Diskussionen um die Dinge, die diskutiert sein wollen, war Stefan einer von den Leisen, der sich um die Erkenntnis bemühte, und an solchen mangelt es aller Orten. Stefans Leben war die Kindheit, seine Jugendjahre in der DDR, sein Dienst in der Nationalen Volksarmee, es war auch das Überleben nach der Annexion, im Kampf an unserer Seite, auch auf den Wartefluren der Arbeitsämter. Ein wichtiger Teil dieses Lebens war die Entscheidung gegen den Strom, für die FDJ. Als einer der ersten nach dem Sieg der Konterrevolution, war Stefan Mundt einer von denen, die anpackten, als es hieß: Rettet die FDJ!

Seine unkomplizierte Art, seine niemals ausgehenden Ideen zu jedem Problem, sein Eintreten für seinen Staat, das alles wird uns und unserer Organisation fehlen.

Das alles stand mit uns an der Front, auch wenn uns das leider erst immer richtig bewusst wird, wenn einer geht. Den FDJler und NVA-Soldaten, Freund und Genossen Stefan Mundt werden wir nicht vergessen.

„...eine große Freundlichkeit geht mit dir aus einer Welt, die nicht an einem Übermaß an Freundlichkeit krank.“ -  
Stephan Hermlin, Totenrede für F.C. Weiskopf



Schwarz-rot-gold am Körper, schwarz-rot-gold an der Fahnenstange, schwarz-rot-gold am Auto, schwarz-rot-gold das Gesicht bemalt. Es war Fußball-Weltmeisterschaft, und wenn wir uns so umschaute, dann schien es uns, dass eigentlich nur ein Land daran teilnahm. Im nationalen Taumel tobte sich dies Deutschland aus. Schwarz-rot-gold im Herzen, schwarz-rot-gold geschwellt die Brust. Alles harmlos? Einfach nur Zeit, dass Deutschland wieder zu sich selbst findet, sich endlich löst von der bösen (Nazi-)Vergangenheit?



Schwarz-rot-gold ist ja schließlich auch nicht schwarz-weiß-rot, so wie das Olympiastadion in Berlin vor 70 Jahren denn schon mal beflaggt war. Deutschland ist angekommen in der Staatengemeinschaft, seit die BRD 1990 das andere Deutschland, die DDR, annektiert hat. Ja, 1990, das war schön – nicht nur einig Vaterland, sondern auch noch einig, mit den schnell eingebürgerten Fußballern aus dem Osten, den Weltmeisterpokal in der Tasche. Alles harmlos, oder?

**„Hört nicht auf das, was sie sagen, achtet auf das, was sie tun.“**

**(Vladimir Jankélévitch)**

Das war 1990. Wer aufmerksam war, konnte schnell erkennen, dass es dem alten/neuen Deutschland nicht darum ging, bescheiden ein bisschen die Ge-

schichte zu revidieren. Es ging um internationales Vormachtstreben, um internationalen Einfluss – gegen die alten Feinde, gegen die, die diesem Deutschland schon mal den Garaus gemacht hatten. Nur ein größeres Deutschland konnte dies erreichen.

Und dann ging's schnell: 1991 Anerkennung Kroatiens und Sloweniens und damit Einleitung der Zerschlagung Jugoslawiens, Nichtteilnahme am zweiten Golfkrieg, 1999 die Auslösung des Jugoslawienkriegs – zum dritten Mal in einem Jahrhundert flogen deutsche Bomber Angriffe auf jugoslawische Städte. Statt uneingeschränkter Solidarität präsentierte sich Deutschland nach den terroristischen Angriffen

vom 11.9.2001 als „Friedensmacht“ – gegen anderer Kriege – während die eigenen weiter angeschürt werden.

Deutschland führt ökonomisch und politisch die EU, und möchte so gern auch auf der Welt-Bühne (z.B. als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat) noch mehr zu sagen haben. Engagiert sich, beispielhaft, für den „Frieden“ im Nahen Osten. Auf der Seite von Hamas und anderer Terrorgruppen, die sich nichts weniger als die Auslöschung Israels auf die Fahnen geschrieben haben. Israel, der Staat, den sich die Überle-

## Wir sind schwarz-rot-geil „Die Welt hat wieder Angst vor uns“

benden des bislang größten deutschen Verbrechens, der Shoah, erkämpft haben. Deutschland engagiert sich auch auf der Seite Irans, an dessen Spitze ein gewählter Antisemit steht. Während andere einschneidende Maßnahmen fordern, setzt Deutschland dem Iran gegenüber immer noch auf diplomatische Verhandlungen – und zeigt damit auf welcher Seite es auch nach 61 Jahren noch steht – auf der Seite skrupelloser antisemitischer Terroristen.

**„Wir sind Deutschland“,  
„schwarz-rot-geil“**

Sprechen wir also über Fußball, sprechen wir über Politik. Nicht ohne Grund, so eng verwoben die königliche Sportart mit dem Nationalgefühl, mit dem Bekenntnis zur deutschen Nation diesmal war. 1990 noch sah man allenfalls bei den Feiern nach dem Gewinnen der WM so viel schwarz-rot-gold. Die Kampagne „Du bist Deutschland“, die ihre Wurzeln im Propagandaministerium des Joseph Goebbels 1935 hat, hat Früchte getragen. Das „erneuerte Deutschtum“ (Ralf Schröder, konkret, August 2006) feiert seinen „Patriotismus light“, sein „entspanntes Verhältnis zur deutschen Nation“. Das deutsche Kollektiv feierte sich und die „Welt-

„Nur unter der fortgesetzten Betonung des Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war... Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen und ihm langsam klarzumachen, dass es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden, mit den Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen...“

**(Adolf Hitler, Geheimrede vor Chefredakteuren der Inlandspresse, 10.11.1938)**



...und alle packen an

meister der Herzen“, millionenweise, auf den Fanmeilen und anderen Public-viewing-Plätzen. „Schwarz-rot-geil“ inmitten in einem Karneval der Kulturen, „weil wir nicht nur 23 Spieler haben – sondern 80 Millionen, die zusammenhalten.“ (BILD)

Und genau hier sind wir im Gemeinschaftsgefühl angekommen, das so stark den Charakter des nationalen Tau-mels prägte. Die schwarz-rot-goldene Gemeinschaft hielt zusammen, zeigte nach außen, was die geistigen Brandstifter schon so lange von ihr forderten: Kollektivität, „dass man auch große Ziele erreichen kann, wenn man sich darauf mit Fleiß, Disziplin und Willenskraft vorbereitet“ (Oliver Bierhoff), Optimismus, Verzicht, usw. usf – die Negation der gesellschaftlichen Gegensätze in einer entspannten „Volks-

gemeinschaft“, in der sich von Obdachlosen im Deutschland-Trikot bis zu den Bundestags-abgeordneten mit nationalen Krawatten alle wähn(t)en. So sprach auch die deutsche Nationalmannschaft ein „Danke Deutschland!“ auf ihren T-Shirts aus, deren Rücken ein „Teamgeist 82“ zier-te – 82 Millionen als Team, 82 Millionen sind Deutschland.

Es kam also alles noch viel schlimmer als erwartet. Der ganze gemeinschaftliche Deutschland-Hype hat dafür gesorgt, dass im Fußball-Rausch mit einem Handstreich ein Kongo-Einsatz

für die Bundeswehr beschlossen werden konnte, außerdem die Verschärfung der Hartz-IV-Regelungen und der sog. Anti-Terror-Gesetze. Der ganze gemeinschaftliche Deutschland-Hype hat auch dafür gesorgt, dass über die unappetitlichen Begleiterscheinungen des Fußball-Rausches geschwiegen und gelogen wurde. Wurden im Vorfeld der WM hitzige Image-Debatten über die „No-go-areas“ der Republik geführt, berichteten die Medien während der Spiele nur am Rande von etlichen rassistischen Übergriffen, von Fanmeilen-Gesängen wie „Wir bauen eine U-Bahn nach Auschwitz“, von den anti-italienischen Randalen in über 50 Städten nach dem Halbfinalaus, von den an ihren Fan-Accessoires und dem „deutschen Gruß“ zu erkennenden Nazis unter den deutschen Fans.

„Die Welt zu Gast bei Freunden“? Als „Halbdeutsche“ wurden die Spieler des iranischen Teams vom Kommentator und Ex-Profi Littbarski fantasiert (nach dem Motto: „Antisemiten aller Länder“?); die Stadionbesucher im „Adolf-Hitler-Gedächtnisstadion“ (SZ, 30.06.06) grölten „Steht auf, wenn ihr Deutsche seid!“, selbst wenn weit und breit kein deutsches Team auf dem Rasen stand; der ghanaische Fußballverband entschuldigte sich dafür, daß J.Pantsil nach einem Sieg die israelische Fahne für seinen Verein Hapoel Tel Aviv auf dem Spielfeld schwenkte. Der Karneval der Kulturen funktionierte also nur scheinbar, hatte nur Platz für bestimmte nationale Euphorien und ließ auch für „deutsche“ Spielverderber keinen Platz: „Mit dem Aufkleber [Schwarz-rot-geil] setzen Millionen Deutsche ein Zeichen – gegen Frust

„Unsere Nationalmannschaft wollte zeigen, dass man auch große Ziele erreichen kann, wenn man sich darauf mit Fleiß, Disziplin und Willenskraft vorbereitet. Wenn selbst in schwierigen Situationen immer Teamgeist und Zuversicht herrschen und man bereit ist, trotz äußerer Widerstände neue Wege zu gehen und daran zu glauben. Unser Traum ist daher nicht beendet, er hat sich nur verändert. Wir träumen nun vom großen Coup bei der EM 2008 oder der WM 2010.“

(Oliver Bierhoff „Offener Brief“, 10.07.06)

und Nörgelei, gegen schlechte Laune und Miesmacher.“ (BILD) Selbst die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sah sich genötigt, sich für eine zur WM wieder aufgelegte kritische Broschüre zum „Lied der Deutschen“ zu entschuldigen.

„Die Welt hat wieder Angst vor uns“ Der Nationalismus benötigt seine tägliche Bestätigung, ein Hurra-Geschrei wie zum Ersten Weltkrieg fällt nicht vom Himmel, es kann nur entstehen wenn es freiwillig im kleinen täglich bestätigt wird. Es handelt sich hier also nicht nur um Fußball, sondern vielmehr um einen Höhepunkt nationalistischer Mobilmachung nicht nur derjenigen, denen es besonders warm ums Herz wird,

Das Konzept eines Kerneuropas ist keine neue Erfindung. Es wurde schon 1994 von dem damaligen Innenminister Schäuble propagiert und verlangte, dass die Staaten Osteuropas sich den Bedingungen Westeuropas anpassen müssen, sonst „könnte Deutschland aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europa alleine und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen.“ (in: „Überlegungen zur europäischen Politik“, 01.09.1994)

„Dieser Weg war steinig und schwer, 2010 könnt ihr Weltmeister sein, denn diese Nation steht hinter euch und zwar sehr.“

„Was wir allein nicht schaffen, schaffen wir aber zusammen. Wir müssen geduldig sein, dann dauert es nicht mehr lange.“

(Xavier Naidoo, auf der Fanmeile Berlin, 2006)

wenn sie den Begriff „Deutschland“ hören. Schon zur Olympiade 1936 wurde das deutsche Volk aufgefordert zu den Gästen besonders freundlich zu sein, um damit die Vorurteile gegenüber dem deutschen Volk aus dem Weg zu räumen. *Der Stürmer* hatte antisemitische Propaganda einzustellen und Schilder, auf den z.B. an Gaststätten zu lesen war „Eintritt für Juden verboten“, wurden entfernt. Alles was dem Ansehen Deutschlands im Ausland Schaden zufügen konnte, war zu unterlassen, die deutschen Zustände zu verklären, war Aufgabe der Kampagne, der sich das NS-Propaganda-Ministerium mit viel Hingabe widmete. Nazideutschland bereitete sich schon 1936 auf den großen Krieg vor, während es von „Völkerfreundschaft“ und „Weltfrieden“ schwadronierte. Dieses Deutschland hat die WM 2006 sportlich verloren und bewirbt sich nun für die nächste Propaganda-Show, die Olympischen Spiele 2016, zum 80-jährigen Jubiläum also. Vielleicht wählt das PR-Komitee sich das Motto, das Oliver Bierhoff wesentlich treffender formulierte: „Die Welt hat wieder Angst vor uns“ – ganz im nationalen Einklang mit den fanatisiert „Sieg! Sieg! Sieg!“ skandierenden Massen in Schwarz-rot-gold. Als die englische Nationalmannschaft 1990 im WM-Halbfinale gegen Deutschland verlor, meinte Helmut

**No Comment:**

„50 Gründe, warum wir doch die besten sind:

Weil wir die schönste Nationalhymne von allen haben.

Weil selbst der Ball ein Deutscher ist (adidas).

Weil wir nicht nur 23 Spieler haben – sondern 80 Millionen, die zusammenhalten.

Weil wir wie Männer spielen – und nicht wie Waschweiber, die bei jeder Berührung schreiend umfallen (wie die Italiener).

Weil wir wissen, daß man an Niederlagen wächst.

Weil unsere Fans die frechsten Gesänge

Kohl höhnisch, die Briten seien von Deutschland in ihrem Nationalsport geschlagen worden. Premierministerin Margaret Thatcher konterte: „Richten Sie ihm aus, dass wir die Deutschen in diesem Jahrhundert schon zweimal in *ihrem* Nationalsport besiegt haben.“ (SZ, 5.9.2001)

*Dafür danken wir nicht nur den Briten, wir danken auch nach 61 Jahren den Alliierten für die Befreiung Europas, für die Befreiung der Welt von Deutschland.*

Diana

*Personal note:*

Dass von Nazi-Rechtsaußen bis Linksmitteaußen der deutsche Geist gepflegt wird, das ist wohl eine Binsenweisheit. Wenn mir aber vor ein paar Jahren jemand erzählt hätte, dass die deutsche Nation Einzug hält in die Pop- und Subkultur, dann hätte ich sie gefragt, ob sie noch ganz sauber sei. Heute rockt Deutschland die neben und im Main-

Beim zweiten Album waren sie zu deutsch für Deutschland. Eine damals schon peinliche Diskussion, die jetzt jüngst mit wehenden Fahnen in Grund und Boden geweltmeister wird. (unclesallys über MIA, Juli/August 2006)

stream, der nationalistische Scheiß von Fler und MIA, über Xavier Naidoo und Sportfreunde Stiller hin zu diversen Designer- und Mode-Schuppen und anderen Kunstfabriken ist so cool geworden für die Szene, dass selbst im einschlägigen Prenzlberg meine Nachbarinnen (zu gutem deutschen Bier und zu gutem Deutschländer-Gegrilltem) lautstark das Lied der Deutschen mitjohlten..

haben („Ihr seid nur ein Pizza-Lieferant!“). Weil Hooligans bei uns keine Chance haben. Weil wir immer besser sein werden als die Holländer. Weil wir immer wieder aufstehen können. Weil wir jetzt alle die Nationalhymne auswendig können. Weil Deutschland „Schwarz-Rot-Geil“ bleibt. Weil jetzt jeder Deutsche eine Fahne zu Hause hat. Weil die WM uns jetzt wirklich zu einem schwarz-rot-geilen Volk gemacht hat.“

Quelle: <http://www.bild.t-online.de/>

**Impressum**

Die FANFARE, das Infoblatt der Freien Deutschen Jugend, erscheint, sobald genügend Artikel dafür vorhanden sind.

Also: Schreibt uns, was bei Euch los ist oder was Euch eben sonst noch aus der Feder fließt. Sämtliche Artikel geben lediglich die Meinung des Verfassers wieder.

Herausgeber ist der Zentralrat. E.i.S  
V.i.S.d.P.: Ringo Ehlert  
c/o FDJ Zentralrat  
Karl Liebknecht Haus  
Weydingerstr 14-16  
10178 Berlin  
Tel./Fax: 030-24 00 92 11

e-Mail: [Fanfare@FDJ.de](mailto:Fanfare@FDJ.de)  
Internet: [www.FDJ.de](http://www.FDJ.de)  
Spendenkonto:  
Inhaber: FDJ  
Berliner Volksbank  
BLZ 100 900 00  
Konto Nr.: 55 83 82 20 05

**Abonnement**

Ich abonniere hiermit die Fanfare für vier Ausgaben zum Preis von 5 Euro (Förder-Abonnement: 15 Euro). Den Betrag habe ich ( ) in Briefmarken bzw. Banknoten beigelegt.

( ) auf das Konto Nr.: 55 83 82 20 05

bei der Berliner Volksbank BLZ 100 900 00 überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_



## Es geht aufwärts Zur aktuellen Entwicklung der kubanischen Wirtschaft

Fidel Castro gibt sein Amt vorübergehend an seinen Stellvertreter Raúl Castro ab. Sofort beginnen die Mutmaßungen. Ist Fidel in Wirklichkeit nicht schon längst tot? Bricht jetzt alles zusammen? In Miami werden – wieder einmal – die Koffer gepackt. Die Bild-Zeitung fragt hoffnungsvoll: „Wann ist Kuba endlich libre?“ Die Welt berichtet: „Hamburger Firmen hoffen auf Ära nach Castro“ Doch an dieser Stelle soll nicht über den Gesundheitszustand Fidel Castros spekuliert, sondern Fakten über die jüngste ökonomische und politische Entwicklung Kubas dargelegt werden.

Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks, mit dem die Insel zu diesem Zeitpunkt 85% ihres Handels abwickelte, leben die Kubaner in der Período especial, der Spezialperiode in Friedenszeiten. Doch jetzt gewinnt die mühsame ökonomische Aufwärtsfahrt an Schwung. 2005 konnte ein Wirtschaftswachstum von 11,8% verbucht werden, Tendenz weiter steigend. *Die Welt* schreibt verblüfft: „Kubas Wirtschaft wächst so kräftig wie nie. Der Grund: Fidel Castro hat 2006 zum ‚Jahr der energetischen Revolution‘ erklärt. Seitdem wird auf Kuba renoviert und modernisiert. [...] Das Ergebnis: 12,5 Prozent Wirtschaftswachstum im ersten

Halbjahr 2006 – so etwas hat es noch nie gegeben in den 47 Jahren seit Beginn der Revolution.“ Wachstumsmotor ist vor allem der Dienstleistungssektor. Das bekannteste Beispiel sind die kubanischen Ärzte in Venezuela.

Anders als in kapitalistischen Ländern spiegelt sich der Aufschwung in Kuba unmittelbar in der Lage der Bevölkerung wider. Die Zuteilungen für die staatlich

„Wir sind bemüht, unseren Sozialismus stetig zu verbessern. Dieser »Kampf der Ideen«, wie er in Kuba heißt, wird in all seinen Programmen und Projekten von Jugendlichen angeführt, die Jugendorganisationen sind führend beteiligt. Sie sind es, die auch gegen die Korruption kämpfen, gegen den Missbrauch der Ressourcen, gegen die bürgerliche Mentalität und kapitalistische Verhaltensweisen, die in den vergangenen Jahren leider wieder aufgekommen sind. Das war nicht vermeidbar, weil wir unter dem Eindruck der Krise kapitalistische Mechanismen teilweise einführen mussten. Aber wir sind uns der Gefahren dieser Entwicklung bewusst. Und die Jugend steht an erster Stelle im Kampf gegen sie.“ Ricardo Alarcón, Präsident des kubanischen Parlaments, *Junge Welt*, 19.7.2006

subventionierte Lebensmittelkarte Libreta werden weiter erhöht. Während 1993 auf dem Tiefpunkt der período especial die Kubaner durchschnittlich pro Person und Tag 2.000 Kilokalorien und 50g Proteine zu sich nahmen, liegt der Wert inzwischen wieder bei 3.300 Kilokalorien und 88g Proteinen und damit über empfohlenen Richtwerten. Im September 2005 wurde das größte Wohnungsbauprogramm in der Ge-

schichte Kubas bekannt gegeben. Bis Ende 2006 sollen 150.000 Wohnungen neu gebaut und 380.000 weitere renoviert werden. Damit sich die professionellen Baubrigaden trotzdem weiter auf die sozialen Projekte wie Krankenhäuser und Schulen konzentrieren können, sind die Menschen aufgerufen, beim Bau ihrer Wohnungen mitzuwirken – selbstverständlich mit der notwendigen staatlichen Unterstützung. Von den bisher in diesem Jahr fertig gestellten 49.000 Wohnungen wurden daher 91% mit Beteiligung der Bevölkerung errichtet.

In das von der Spezialperiode gebeutelte Transportwesen wird massiv investiert.

100 neue Lokomotiven wurden in China gekauft, weitere in Kuba repariert. In diesem und im letzten Jahr wurden über 1.800 Güterwagons wieder funktionstüchtig gemacht. Insgesamt werden 157 Mio. konvertible Pesos in den Schienenverkehr und 72 Mio. in den Straßengüterverkehr investiert. Dazu gehört auch der Kauf von 1.000 LKWs und über 20.000 Motoren zum Einbau in kleinere Lastwagen. Für den Personentransport wurden zudem tausende von Bussen erworben. Erstes Ergebnis: 2005 konnten 49% mehr Personen transportiert werden als im Vorjahr. Doch der größte Umschwung findet im Energiesektor statt. Mitte der 1990er Jahre waren Stromausfälle aufgrund der weggefallenen Ölimporte aus der Sowjetunion an der Tagesordnung. Inzwischen hat sich die kubanische Ölproduktion in Bezug auf 1990 fast verfünffacht, so dass die gesamte Stromproduktion aus selbstgefördertem Öl erzeugt werden kann. Trotzdem kam es im Sommer 2005 zu massiven Problemen in der Stromversorgung. Grund war die bestehende Netzstruk-



tur: Wenige große Kraftwerke, die mit Ostblock-Technologie und daher ohne entsprechenden Ersatzteilnachschub funktionieren müssen. Daher wurde innerhalb des letzten Jahres die Strom-



versorgung auf der Insel von Grund auf umgekrempelt. Als Teil der Energierevolution wurden bis Mitte des Jahres Dieselstromgeneratoren mit einer Leistung von über einem Gigawatt installiert, was 50% des in Spitzenzeiten notwendigen Strombedarfs entspricht. Die Installation wird dabei dezentral durchgeführt. Nach Abschluss der Montage werden in 103 von 169 kubanischen Gemeinden solche Generatoren funktionieren. Der dezentrale Aufbau reduziert Übertragungsverluste und macht das nationale Stromnetz weniger anfällig für Katastrophen wie Hurrikans. Als Reserve wurden bis Mitte des Jahres zusätzlich 2.755 Notstromaggregate mit einer Kapazität von 300 Megawatt in Krankenhäusern, Hotels, Wasserwerken und Industriebetrieben installiert. In den nächsten zwei Jahren sollen Gaskraftwerke, die zur Zeit effizienteste Art der Stromerzeugung, die Grundlast der Stromversorgung übernehmen. Basis ist die starke Erhöhung der kubanischen Erdgasproduktion in den letzten Jahren. Zudem soll die Windenergie deutlich ausgebaut werden. Dafür werden zurzeit 100 Messanlagen auf der Insel aufgebaut, um die durchschnittlichen Windgeschwindigkeiten und damit geeignete Standorte festzustellen. Gleichzeitig werden 262 Mio. US-Dollar in die Modernisierung des Stromnetzes gesteckt, wodurch in den Gegenden mit erneuertem Netz die Verluste bisher um ein Drittel gesenkt werden konnten. Um den Stromverbrauch in den Haushalten zu senken, werden alte

Elektrogeräte mit hohem Verbrauch durch neue, vor allem in China gekaufte Geräte ersetzt. Bisher wurden zu stark subventionierten Preisen über 9 Mio. Energiesparlampen, 3 Mio. Reiskocher, 2 Mio. Druckkochtöpfe, 2,3 Mio. Wasserkocher, fast 40.000 Fernseher, fast 1 Mio. Ventilatoren und 370.000 Kühlschränke an die Bevölkerung verteilt. Dies geschieht mit großer Unterstützung der Jugendlichen: Sozialarbeiter, Studenten und Schüler besuchen die Familien zu Hause, prüfen, welche Elektrogeräte ausgetauscht werden müssten, und beteiligen sich an der Ausgabe der neuen Geräte. Die „Energierévolution“ ist aber keineswegs ein rein ökonomischer Prozess. Den wirtschaftlichen Spielraum, der sich aufgetan hat, nutzen die Kubaner, um den politischen und ideologischen Kampf zu verstärken. Denn in Folge der materiellen Beschränkungen der periodo especial und der zu ihrer Bekämpfung eingeführten kapitalistischen Maßnahmen (u.a. Legalisierung ausländischer Devisen und privater Kleinunternehmen sowie der massive Ausbau des internationalen Tourismus) traten zunehmend Probleme wie Raub in Staatsbetrieben, Verschwendung und Rückgang des kollektiven Bewusstseins auf. Diese Probleme werden jetzt angegangen. Denn wie Fidel Castro zu Recht klarstellt: „Manche glaubten, dass sie mit kapitalistischen Methoden den Sozialismus aufbauen würden.

Das ist einer der großen historischen Fehler.“

Zur Bekämpfung der genannten Probleme wird jetzt einerseits die behördliche Kontrolle verstärkt. So werden beispielsweise GPS-Systeme in Lastwagen montiert, um zu garantieren, dass sie ihre Routen einhalten. Entscheidend ist aber die gleichzeitige Mobilisierung der Bevölkerung. So besuchen Jugendliche z.B. die Tankstellen, kontrollieren die Geschäftsbücher und begleiten die Tankwagen. Dies führte bereits dazu, dass die Devisen-Einnahmen in den Tankstellen um das 2,5-fache stiegen. „Und was kann man von der Arbeit jener Jugendlichen ableiten“, fragt Fidel Castro dazu. „Dass wir Schluss machen werden mit vielen Lastern jener Art: viel Diebstahl, viel Unterschlagung und viele Geldquellen für die neuen Reichen.“ Und fügt hinzu: „Wir stehen vor einer großen Schlacht, ... die wir führen und die wir gewinnen werden“. Eine Schlacht, die weltweite Bedeutung hat.

Carlos

**Lesetipps:**

- Rede Fidel Castros anlässlich des 60. Jahrestages seiner Aufnahme in die Universität, 17.11.2005 in der Aula Magna der Universität Havanna: <[www.cuba.cu/gobierno/discursos/2005/ale/f171105a.html](http://www.cuba.cu/gobierno/discursos/2005/ale/f171105a.html)>
- Rede Fidel Castros auf der Kundgebung zum 1. Mai 2006: <[www.cuba.cu/gobierno/discursos/2006/ale/f010506a.html](http://www.cuba.cu/gobierno/discursos/2006/ale/f010506a.html)>
- Silvia Martínez Puentes, *Kuba: Mehr als nur Träume*, Schkeuditz (GNN Verlag), 2005



# Die Republik Belarus

Die Republik Belarus hat, verglichen mit der DDR, knapp die doppelte Fläche; umgekehrt leben auf dem DDR-Gebiet mit 17 Millionen Menschen knapp doppelt so viele wie in der Republik Belarus mit 9,5 Millionen, davon 1,7 Millionen in der Hauptstadt Minsk (Berlin-Ost 1,3 Millionen).

Schon am 27.07.1990(!) erklärte sich die damalige Bjelorussische SSR für souverän (heutzutage Staatsfeiertag), die entsprechende Proklamation folgte am 25.08.1991, also direkt nach dem „August-Putsch“ gegen Gorbatschow, womit die Republik Belarus auf einen Schlag zu der am stärksten außenhandelsabhängigen Ökonomie der Welt geworden war.

Zunächst wurde das Land von dem vom Westen korrumpierten Parlamentspräsidenten Stanislaw Schuschkiwitsch regiert, der mit seiner Mafiafreundschaft schon bald das Volk gegen sich aufbrachte. 1994 setzte der Oberste Sowjet der Republik Belarus einen Antikorruptionsausschuss ein, dessen Vorsitzender bienenfließig die Verbrechen Schuschkiwitschs recherchierte und mit rhetorischem Geschick der entsetzten Öffentlichkeit präsentierte. Schuschkiwitsch musste gehen, und die Parlamentarier haben die vakante Stelle nicht erst noch großartig zur Neubesetzung ausgeschrieben, sondern sofort zugegriffen. Der Mann, der etwas kann und etwas schafft, sollte nicht Präsident der Ausschusses, sondern des Staates sein: Lukaschenko.

Alexander Lukaschenko, geb. 1954 bei Witebsk, studierte an der Pädagogischen Hochschule und an der landwirtschaftlichen Akademie. Anschließend war er politischer Instrukteur bei den KGB-Grenztruppen in Brest und in der 80er Jahren Direktor verschiedener Kolchosen und eines Baubetriebs. 1990 wurde er Deputierter des Obersten Sowjets der Bjelorussischen SSR. Als größter Erfolg seiner Regierungszeit gilt der Unions-Rahmenvertrag mit

der Russischen Föderation von 1997, gemeinsam unterzeichnet mit Boris Jelzin 1999.

Das wirtschaftliche System der Republik Belarus ist ein zweiseitiges Schwert: Einerseits gibt es weder in der Landwirtschaft noch in der Industrie einen Kapitalmarkt. Grund und Boden können nach wie vor nicht gekauft werden, auch von einer Kooperative nicht (so nennt man die Kolchosen jetzt). Alles Land gehört dem Staat, der es für



„Wieder einmal ein erdrutschartiger Wahlsieg für Europas 'letzten Diktator'“

maximal 99 Jahre verpachtet. Andererseits hat jenes Wirtschaftssystem einen im ganzen Volk bekannten Namen, der von unseren Ohren gewiss nicht als Wohlklang wahrgenommen wird: „soziale Marktwirtschaft“.

Ich habe noch zu gut in Erinnerung, wie Anfang 1990 der damalige Bundesfinanzminister Theo Weigel die DDR-Bevölkerung mit salbungsvollen Worten auf die Annexion ihres Landes vorbereitete: „Den Kapitalismus, den wollen wir auch nicht. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft.“ Nun, vergleichen mit dem, was wirklich kam, nämlich dem bekannten von Fäulnis durchdrungenen Kapitalismus, wäre das Original beinahe noch sympathisch gewesen.

Die Tatsache, dass die Schergen der „westlichen Wertegemeinschaft“ Lukaschenko Menschenrechtsverletzungen vorwerfen, schlägt dem Fass den Boden aus. Wagen wir einmal einen Vergleich: Während die Republik Belarus (bei weniger als 2% Arbeitslosen) Arbeit und bescheidenen Wohlstand, eine kostenlose medizinische Grundversorgung, staatliche Versorgung mit Kindergärten

und Krippenplätzen garantiert, ist der Preis kapitalistischer Prosperität Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau in Reinform, Mietsteigerungen und Obdachlosigkeit, Rassismus und Berufsverbote sowie organisierter Staatsterror gegen Migranten, gegen Kommunisten, Bundeswehrgegner und alle anderen Minderheiten, die in der ursprünglichen BRD traditionell immer terrorisiert und verfolgt worden sind. Im Wissen um die Realitäten der einen wie der anderen Gesellschaftsordnung war der überwältigende Sieg Lukaschenkos bei der Präsidentschaftswahl zugleich eine millionenfache Absage an ungefragte Ratschläge und Ratgeber in Sachen Demokratie und Menschenrechte. Vor diesem Hintergrund würde ich mir von

ganzem Herzen wünschen, dass Kapitalismus-Opfer aus ganz Europa nach Minsk reisen, um den dort revoltierenden staatsfeindlichen Bürgermob einmal so zu verdreschen, wie er noch nie verdroschen worden ist.

Als ich vor sieben Jahren die Reemtsma-Ausstellung zu den Verbrechen der Wehrmacht in Köln besuchte, präsentierte mir dort ein gewisser Dr. Block in geradezu prophetischer Weitsicht die beiden Schwerpunkte Serbien und Weißrussland. Die SS-Totenkopfdivision ermordete in beiden Ländern Frauen und insbesondere Kinder geradezu am Fließband. Auch von der Wehrmacht wurden derartige Verbrechen begangen. Nun, was der Wehrmacht 1941/42 recht war, war der Bundeswehr 1999 billig. Nun wurden die letzten Opfer im altbekannten Nazizynismus verhöhnt, diesmal nannte man sie „Kollateralschäden“.

Was fehlt, ist da noch Geld für die – im Kampf erwiesen – schlecht ausgerüstete Armee und ein Russlandfeldzug. Ersteres stellte jüngst Bundeskriegsminister Jung (CDU) fest, denn die Bundeswehr sei schließlich an allen Ecken und Enden der Welt viel aktiver als die anderen Nato-Armeen. Und das mit dem Russlandfeldzug wäre was, die unterdrückten Weißrussen warten ja sehnlichst darauf, dass ihnen eine „freiheitlich-demokratische“ Totenkopfdivision Freiheit und Demokratie bringt.

Dietmar

# Resolution der Jugend

# Wir sind nicht Deutschland!

**W**ir, das sind Schüler/innen, Studenten/innen, Auszubildende, junge Arbeiter/innen und Erwerbslose aus Gewerkschaften, Interessenvertretungen, politischen Organisationen und anderen Jugendvereinigungen (siehe Unterstützerliste).

Wir vertreten viele unterschiedliche Haltungen, aber in diesem Punkt sind wir uns einig:

**Wir sind nicht Deutschland! Und: Wir wollen nicht gegen andere Länder in den Krieg ziehen!**

Wir sind nicht Deutschland, auch wenn uns Regierung und Unternehmer das Gegenteil einreden wollen.

Deshalb fragen wir:

- Macht es für uns einen Unterschied, ob der Unternehmer, der sich den Gewinn in die Tasche steckt, den wir erarbeitet haben aus Deutschland oder einem anderen Land kommt?
- Stimmt die Behauptung, dass ein Arbeiter, nur weil er in Polen oder einem anderem Land geboren wurde, schlechter arbeiten kann, als einer, der aus Deutschland kommt?
- Ist es wahr, dass es nicht die deutschen Unternehmen sind, sondern amerikanische und andere, die hier Arbeitsplätze abbauen?
- Muss unsere Sicherheit mit Waffengewalt in anderen Ländern, nach dem Ex-Verteidigungsminister bis zum Hindukusch, verteidigt werden?

Wir antworten: **Nein!**

**W**ir sind Jugendliche, die hier leben und wir teilen die meisten unserer Probleme mit den werktätigen Jugendlichen anderer Länder. Die Geschichte hat

gezeigt, dass immer wenn wir vor allem die deutsche Jugend waren und deutsche Interessen gegen andere Länder durchgesetzt werden sollten, dies in den Krieg führte. Zwei Weltkriege gingen von Deutschland aus. Diese Kriege dienten nicht den Interessen der Jugend, nicht in Deutschland und in den anderen Ländern schon gar nicht!

**D**ie Losung »Du bist Deutschland«, stammt aus der Zeit des deutschen Faschismus und sollte die deutsche Volksgemeinschaft stärken und die Bevölkerung auf den Krieg vorbereiten.



**A**uch deshalb stellen wir heute fest:  
**Wir sind nicht Deutschland! Und: Wir wollen nicht gegen andere Länder in den Krieg ziehen!**  
Vielmehr wollen wir der Jugend aus der werktätigen Klasse anderer Länder die Hand reichen und gemeinsam für unser aller Interessen kämpfen!

## Unterstützer:

Brandenburger Lebensart e.V. | DIDF-Jugend | Die Teilnehmer der Osterschule 2006 der SJD – Die Falken, LV Bayern | Freie Deutsche Jugend (FDJ) | GesamtschülerInnen Vertretung (GSV Bremen) | Infoladen Zulua Gorriak | Kinder- und Jugendprojekt »Die Tage der Commune« Brecht/Eisler | Links!WASGeht München | Redaktion des Radio Himmlische Vier | Rotstift – linke Jugend Erfurt | Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Bezirk Niederbayern/Oberpfalz | [solid]36 – Sozialistischer Jugendverband Kreuzberg | Verdi-Jugend Amberg-Sulzbach | Verdi-Jugend Bayern | Young Socialists – die linke Jugend Gotha

Kontakt und weitere Unterstützer-Unterschriften an [m.holzinger@gmx.de](mailto:m.holzinger@gmx.de)

V.i.S.d.P.: Holzinger, Weydingerstr. 14-16, 10178 Berlin E.i.S.

# „Wie kommt überhaupt dieses Pack da herauf?“

So etwas und noch viele andere aufgebrauchte Kommentare waren kurz vor Beginn des Gottesdienstes am Gebirgsjägerehrenmal auf dem Hohen Brendten bei Mittenwald zu vernehmen. Denn plötzlich hatten sich aus der Mitte der versammelten Gebirgsjäger zwei Gestalten in Tracht herausbewegt und ein vier Meter langes Transparent entrollt und hochgehalten (wie der Polizeibericht später schreiben sollte: „deutlich sichtbar“).

Die zunächst überrumpelten Gebirgsjäger zeigten anfangs gar keine Reaktion. Erst nach einer Schreckminute hatte sich der erste gefasst und schrie „Hab ich’s doch gleich gewusst, dass das keine von uns sind!“

Nach und nach kamen immer mehr auf das Transparent zu und reagierten äußerst erzürnt:

„Ja so was, da lass i mi von so am Gschwerl an Mörder heißen.“

„Da, schaug, FDJ, de Kommunisten, über die kannst’ seitenweise im Verfassungsschutzbericht lesen und jetzt stengan die bei uns da herobn, wer hat die denn mit dem Transparent da überhaupt da herauf lassen.“

Aber auch das Outfit der beiden AntifaschistInnen wurde entsprechen gewürdigt: „Jetzt schau die aus wie a hiesige, und dann macht die so was. Die Heimat a so beschmutzen.“

Allgemein war am häufigsten zu hören: „Armes Deutschland“ und „Schamts eich ihr gar ned?“

Aber nun zur Vorgeschichte:

Einmal im Jahr veranstaltet der „Traditionsverband der Gebirgsjäger“, ein Verband von alten und neuen Nazis, Kriegsverberechnern der Wehrmacht und Bundeswehrangehörigen, ein Treffen in Mittenwald, das mit einem Gedenkgottesdienst auf dem Hohen Brendten seinen Höhepunkt findet. Dieses Treffen ist eines der besten Beispiele dafür, wie sehr die Bundeswehr direkter Nachfolger der Wehrmacht ohne personellen oder politischen Bruch darstellt. Seit Jahren gibt es Proteste gegen dieses Treffen, an denen sich die FDJ beteiligt.

Am Samstag war eine Veranstaltung mit Zeitzeugen angesetzt, danach Demonstration und abschließend ein Konzert unter freiem Himmel, und am Sonntag sollte der Gottesdienst gestört werden. Die Veranstaltung am Samstag fand in einem Zelt auf dem Bahnhofs-

vorplatz statt, es sprachen Ernst Grube und Vertreter eines slowenischen sowie eines französischen Partisanenverbandes. Die Veranstaltung war mit etwa 300 Leuten gut besucht. Es waren Leute von überall her anwesend. Im Anschluss an die Veranstaltung gab es einen Sternmarsch durch Mittenwald. Wir waren unter anderem vertreten mit einem Transparent

„Mörder hinter Gitter –

Volle Reparationszahlungen für die deutschen Kriegsverberechnen in Griechenland  
www.FDJ.de“

Am nächsten Tag machten wir uns mit diesem Transparent an den Aufstieg zum Hohen Brendten.

Einen genauen Plan hatten wir nicht – es handelt sich immerhin um Militärgebiet –, so dass wir an Weggabelungen abschätzen oder raten mussten. Als wir dann aber einem älteren Herrn in Trachtenjanker mit Regenschirm und Mantel unter dem Arm begegneten, wussten wir, dass wir goldrichtig waren. Wir folgten ihm durch einen „geheimen“ Gebirgsjägeraufstieg, bis wir auf die Hauptauffahrtstraße trafen, kurz unter dem Ehrenmal und oberhalb von mindestens fünf Polizeisperren.

Am Eingang des Ehrenmalgeländes stand die letzte Polizeisperre. Der oben erwähnte Gebirgsjäger sagte noch zu den Polizisten, dass sie uns kontrollieren sollten, weil mit uns was nicht stimmt. Die waren aber mit dieser Aufgabe ziemlich überfordert. Zunächst erklärten sie uns, dass sie jetzt eine Personenkontrolle machen. Auf die Frage, was wir hier oben machen, kam die Antwort, dass wir wandern würden. Darauf folgte die Frage, ob wir also nicht dem linken Spektrum angehören würden, was natürlich empört zurückgewiesen wurde. Die vollkommen überforderten Polizisten forderten uns auf weiter zu wandern.

Auf dem Gelände spannten wir ca. 25 Minuten vor Beginn des Gottesdienstes das Transparent auf, vor etwa 500 Gebirgsjägern.

Es war dann genug Zeit für die Anwesenden ihrer Wut Luft zu machen, denn das Transparent konnte über eine Viertelstunde lang hochgehalten werden: Zunächst wurden wir von einem



Ordner freundlich gefragt, ob wir nicht das Transparent einrollen wollen, was ebenso freundlich verneint wurde. Daraufhin hat man sich geeinigt, dass man alles weitere mit der Polizei besprechen werde.

Die kam aber erst mal nicht, und dann doch zum richtigen Zeitpunkt, denn sie konnte gerade noch verhindern, dass einige Gebirgsjäger uns das Transparent mit Gewalt entwendeten.

Daraufhin kam es zu ernsthaften Verhandlungen über das weitere Verbleiben des Transparents. Wir stellten klar, dass unser Handeln vollkommen rechtmäßig und legal sei, die Polizei sah das anders, war sich aber nicht sicher, also musste erst mal mit dem Vorgesetzten telefoniert werden.

In der Zwischenzeit hatten sich immer mehr Gebirgsjäger dazugesellt und die Stimmung fing an „leicht“ feindselig zu werden. Es kam zu offenen Androhungen von Lynchjustiz („Die ändern wissen das noch nicht, aber ich habe es erkannt: Ihr seid Denkmalschänder und Leichenfledderer; wenn ich das den anderen sage, dann lebt ihr nicht mehr lang!“) und die ersten Hirschfänger (langschneidige Messer mit feststehender Klinge, die zur Lederhose

**Aus der Resolution des Auditorium des Hearings „Pfungsten 2003 – Gegen die Traditionspflege der Gebirgsjäger“:**

[...]Wir fordern die Bundesregierung und die bayerische Landesregierung auf, gegenüber den NS-Opfern – den Überlebenden, den Hinterbliebenen und ihren Angehörigen – die NS Kriegsverbrechen als solche zu benennen und materielle Entschädigung zu zahlen!

Wir fordern die Strafverfolgungsbehörden in der Bundesrepublik auf, gegen die noch lebenden NS-Kriegsverbrecher zu ermitteln und zügig entsprechende Verfahren zu eröffnen!

Wir stellen uns gegen die Traditionspflege der Bundeswehr, gegen ihre positive Bezugnahme auf die Wehrmacht und gegen ihre heutigen Kriegseinsätze. Wir fordern die Bundesregierung und die bayerische Landesregierung auf, dem „Kameradenkreis der Gebirgstruppe“ die Unterstützung zu entziehen [...], sowie alle Opfer der NS-Militärjustiz vollständig zu rehabilitieren. [...]

Mittenwald, den 7. Juni 2003

gehören, wie zum Traditionsverein die Kriegsverbrechen) wurden aus den Lederhosen gezogen. Nach über einer Viertelstunde wurde das alles durch eine Personenkontrolle von der Polizei beendet.

Insgesamt kann das Wochenende als Erfolg gewertet werden. Vor allem der Stoß ins Herz der Reaktion war gut und hat uns Mut gemacht.

Im Einzelnen haben wir aus der Aktion gelernt:

- Je höher der Berg, desto dümmere Bullen!
- Was auch immer passiert, es ist wichtig die Ruhe zu bewahren und kalt-schnäuzig zu bleiben.
- Wir haben bei der ganzen Aktion in vielen Details unglaubliches Glück gehabt, d.h. man kann auch in praktisch aussichtslosen Situationen noch siegen!

Stefan und Niki



„Jetzt schaut die aus wie a hiesige, und dann macht die so was. Die Heimat a so beschmutzen“

# Camp for your right

## 10.-14.7.2006 in München

Das „Camp for your right“ war angelegt als eine Bündnisaktion verschiedener Jugendorganisationen, unter anderem der Ver.di-Jugend, DGB-Jugend, NGG-Jugend, SDAJ, FDJ, KARAWANE FÜR DIE RECH-



TE DER FLÜCHTLINGE UND MIGRANTINNEN und der WASG-Jugend. In Form eines einwöchigen Camps am Sendlinger Tor und täglichen Aktionen über die Stadt verteilt sollte auf die Jugendarbeitslosigkeit und verschiedene damit zusammenhängende Aspekte aufmerksam gemacht werden (Verschärfung der Hartz-Gesetze für Jugendliche, Situation migrantischer Jugendlicher, Militarisierung etc.). Auf dem Basis-Camp selbst gab es einen kleinen Büchertisch sowie inhaltliche Veranstaltungen, Diskussionen usw. Darüber hinaus wurden Flugblätter verteilt, die auf die Aktionswoche aufmerksam machten. Unsere Fahne, die neben denen der anderen Organisationen am Zelt gut sichtbar hing, musste bereits am ersten Abend wegen §86a (Verfassungsfeindliche Kennzeichen) entfernt werden.

Die FDJ hatte übernommen, sich einen Tag lang dem Thema Militarisierung zu widmen, da die Jugendarbeitslosigkeit dem Militär massiv Kanonenfutter zutreibt und Aversionen gegen Militarismus abbaut. Am Mittwoch hatten wir auf dem Marienplatz eine AgitProp-Aktion angemeldet, mit der wir Passanten für den „Kampf gegen den inneren und äußeren Feind“ rekrutieren wollten:

Ein mit Tarnnetz überzogener Pavillon diente als Basis, in der ein Offizier und eine Ärztin die Einstellungsformalien klärten. Auf dem Schreibtisch waren neben einem Deutschlandfähnchen, Fotos von Köhler, Merkel und Klinsmann auch 2 Aktenordner mit „Rekrutierungen 07/2006“ und „Gefallene seit 1990 (1-64)“ (64 deutsche Soldaten starben in Auslandseinsätzen seit 1990) aufgebaut. Um das Zelt herum waren mehrere Soldaten in Uniform und mit Stahlhelm unterwegs, um Leute anzusprechen.

Ins Gespräch kamen wir leicht, mit Anspielungen auf die außerordentliche Sicherheit während der WM, die daran lag, dass 7.000 Soldaten im Inneren im Einsatz waren, dass das jetzt zur Regel wird und das Grundgesetz schon dahingehend geändert werden wird, dass das aber nun in Verbindung mit den vielen Auslandseinsätzen zu einem personellen Engpass führt, und dass man jetzt einfach auf dem Marienplatz Leute rekrutieren muss. Außen herum standen Verteiler, die mit einem Aufklärungsflugblatt die Leute bedachten, die die Aktion mitbekommen hatten.

Obwohl der rekrutierende Offizier kaummikauend, unrasiert und mit unter dem schlecht sitzenden Barett hervorquellenden Haaren hinter seinem Schreibtisch saß und keine 5 Meter weiter unser Transporter mit der riesigen Aufschrift „DGB“ stand, dachten fast alle Leute, wir seien tatsächlich von der Bundeswehr.

Wir hatten den Schreibtisch kaum aufgestellt, da kam schon der erste Rekrut in spe – hager, gerade vielleicht 14 Jahre alt – sein riesiges zahnbespanntes Grinsen verkündete wild entschlossen, dass er jetzt gerne unterschreiben würde und das würde ja nix ausmachen mit dem

Alter, er stünde zur Verfügung. Während er unterschrieb und der Genosse Rekrutierungsoffizier noch zweifelte, wer hier wen auf die Schippe nimmt, standen schon die nächsten beiden am Tisch. Trotz ihrer 72 (!) Jahre nicht minder wild entschlossen, für deutsche Interessen im In- und Ausland einzutreten. Die ersten drei Unterschriften in den ersten knapp fünf Minuten!

Das mit den Inlandseinsätzen, gerade bei der WM, fanden die meisten Leute gut, öfter bekamen wir zu hören, was denn die Bundeswehr im Kongo sollte, da gäbe es ja gar keine deutschen Interessen. Mit dem Verweis auf die Portraits „unserer“ drei Staatsoberhäupter auf dem Tisch vor ihnen wurden die Leute dann belehrt, dass „die da“ das ja wohl immer noch am besten wüssten.

Dann eine zaghafte Anfrage eines Pärchens – er etwa Mitte 50, Vollbart und sie etwa Mitte 20, zurückhaltend. Was wir denn da tun würden? „Rekrutieren“ – so die Antwort – „für deutsche Interessen“. Sie würden da gern unterschreiben, und ob sie mir zum Abschied was auf den Weg geben dürften, weil sie würden auch gerade rekrutieren – „...für Jesus“. Der Genosse Rekrutierungsbeamte versuchte den Unerbittlichen zu mimen. Mit Christen hätte man bei der



Bundeswehr schlechte Erfahrungen gemacht, denen mangle es wegen ihrer überzogenen humanistischen Moral zu sehr an Entschlossenheit und Aggressivität, wenn's drauf ankommt. Das reichte schon, um auch einen bisher eher behäbigen Christen aus der



Fassung zu bringen: „Wollen Sie etwa behaupten, wir Christen würden nicht entschlossen genug fürs Vaterland eintreten, wenn’s drauf ankommt?!“ – so seine entrüstete Reaktion.

Eine Frau mittleren Alters hielt sich lange in unserer Nähe auf. Als eine Genossin als Rekrutierungsmitarbeiterin in Tarnfleck sie ansprach, stellte sich heraus, dass sie Ende des Jahres arbeitslos sein wird, auf der Suche nach irgendeinem Job sei und ob wir da für sie was hätten.

Wir haben das Spielchen nach recht kurzer Zeit aufgelöst, da sie wirklich verzweifelt schien und anfangs, sich langsam ernsthafte Hoffnungen auf eine Anstellung zu machen – für was und für wen, das war ihr in ihrer Lage offensichtlich vollkommen egal.

Aber auch nachdem wir die Situation aufgeklärt, ihr ein Flugblatt gegeben und mehrfach erklärt hatten, dass wir Gewerkschaftsjugendliche sind, die gegen Jugendarbeitslosigkeit protestieren, wollte sie nicht glauben, dass wir keinen Job für sie hätten. Wenigstens eine Telefonnummer wollte sie.

Die Verzweiflung dieser Frau machte uns noch längere Zeit nachdenklich. Der Kontakt mit solchen Leuten gehört wohl zu den Erlebnissen, die uns als Aktivisten selbst weiterbringen, uns motivieren weiterzumachen, indem sie aufzeigen, wie schlimm es um viele

der Bundeswehr. Großartig.“ Der Rekrutierungsbeamte gibt die Steilvorlage: „Ach, und wo das schon so toll geklappt hat – auch wenn wir dafür den Verteidigungsbegriff etwas – ich sag mal – ‚dehnen‘ mussten, damit das mit dem Grundgesetz klargeht, dann bietet es sich doch auch an, beim anstehenden Papstbesuch gleich die Zusammenarbeit mit den anderen Institutionen, v.a. der Polizei, dem BND und der Bundes-



wehr zu intensivieren.“ Der christlich-verwirrte Passant: „Ja, das fänd ich gut! Ist ja auch viel effektiver, so eine koordinierte Zusammenarbeit.“ Der Rekrutierungsbeamte: „Schließlich ist das ja einer von uns, und man weiß ja heutzutage nie genau, was so an Fundamentalisten herumrennt.“ „Ganz genau,“ nickte der Passant den Blödsinn ab. Der Rekrutierungsbeamte: „Ich meine diese ganzen Protestanten, bei denen weiß man schließlich nie ... weil wer Thesen an Kirchentüren schlägt, der schlägt wohl auch zu!“ „Ja genau“. Der gute Mann blieb uns eine Unterschrift schuldig, da während dieses Gesprächs

Menschen hier tatsächlich steht.

Später noch ein Christ. Ein Wirrer. Wieder die nagende Frage im Kopf des Rekrutierungsbeamten, wer hier wen verarscht. „Ach ja richtig, das bei der WM sei ja so sicher gewesen, wegen

die Polizei die Aktion abgebrochen hat. Die waren total sauer, dass alle Passanten uns für die Bundeswehr gehalten haben und selbst ihr Befehl, wir sollten eine Ver.di-Fahne am Pavillon hochhalten, daran nichts geändert hat.

Auch unsere Unterschriftenliste sollte auf Staatsschutzdirektive vernichtet werden: Glücklicherweise hatten wir für solche Fälle einen Handschredder mitgenommen, mit dessen Hilfe sich die Beamten nicht entblödeten, uns die Unterschriftenliste vor ihren Augen vernichten zu lassen.

Am Tisch gab es in den 2 Stunden lediglich einen (!) Antimilitaristen, der sich als solcher zu verstehen gegeben und gegen die Bundeswehr in einem kritischen Sinne ausgesprochen hat, alle anderen hatten lediglich Vorschläge zu machen, wo sie die Armee besser einzusetzen wüssten, als die Regierung selbst.

Ob es am nationalen Taumel während der WM lag oder an der grundlegenden Weigerung weiter Teile der westdeutschen Bevölkerung, demokratische Rechte als etwas anzuerkennen, für das man kämpfen muss oder an einer Mischung aus beidem, gepaart mit jenem deutschen Untertanengeist, der den Regierenden immer nur Vertrauen statt Widerstand entgegenzubringen hatte – wir wissen es nicht.

Was wir aber verstanden haben, ist die Drohung der Kanzlerin: „Wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit.“ (Angela Merkel, *Die Welt*, 16. Juni 2005) Und ohne den Teufel an die Wand malen zu wollen, aber am Ende der Demokratie in der BRD stand schon mal ein nach innen und außen hochgerüstetes Großdeutschland.

**„Täuscht Euch nicht! – Es hat damals genau so angefangen.“** – Peter Gingold, Widerstandskämpfer u.a. der Resistance in einem Zeitzeugengespräch auf dem Bundesjugendtreffen der Ig-BAU, 02.06.2006

Ed, Stefan  
FDJ München

# Winterschule der FDJ in Polen vom 26.-31. Dezember 2005

Eine Gruppe von 48 jungen Leuten startete ihre Winterschulfahrt am 26.12.2005 in Görlitz mit einem Interview mit dem Auschwitz-Überlebenden Stanisław Hantz. Er berichtete von seinem Leben im Konzentrationslager. Danach fuhren wir weiter nach Krakow. Am nächsten Tag begaben wir uns auf zwei Stadttouren. Professionell von Christiane und am Nachmittag von unseren zwei polnischen Stadtführerinnen durch das jüdische Viertel, zur Synagoge, zur Fabrik Oskar Schindlers und zum jüdischen Ghetto mit der bekannten Apotheke „Zum Adler“, in der heute ein Museum untergebracht ist, geleitet. Dabei konnte man sich kritisch mit vielen Fragen beschäftigen und Einblick in die aufgezwungenen Lebensumstände der jüdischen polnischen Bevölkerung erlangen. Am Ende des Tages wurden wir von ihnen dann zum Konzentrationslager Plaszow geführt, wo heute Denkmäler und weite Flächen an das Grauen erinnern. Wir fuhren weiter nach Oswięcim, wo die Deutschen im 2. Weltkrieg Auschwitz errichteten. Wir waren in der Jugendbegegnungsstätte Oswięcim, die zum großen Teil von VW unterhalten wird, untergebracht. Am 28.12. fuhren wir nach Auschwitz-Birkenau, dem Ort, wo zum größten Teil Juden, Sinti und Roma, Widerstandskämpfer aus den von den Faschisten besetzten Ländern, sowie sowjetische Kriegsgefangene massenhaft deportiert, vergast und verbrannt wurden. In Auschwitz starben insgesamt ca. 1,5 Mio. Menschen. Wir trafen dort Henryk Mandelbaum,

der zwischen Mai 1944 und Januar 1945 als Häftling im sog. Sonderkommando seine vergasten Kameraden verbrennen musste. Wir sahen noch die zugeschnittenen Reste der Gaskammern, in denen Frauen, Kinder, Männer unschuldig zusammen getrieben wurden, nach einem unmenschlichen Transport in Viehwaggons, um angeblich zu duschen. Ihr Todeskampf nach dem feigen Einlassen des Insektenvernichtungsmittels Zyklon B durch deutsche Soldaten, welches von der Fa. DEGESCH (Deutsche Gesellschaft zur Schädlingsbekämpfung) im bewussten Wissen des Einsatzortes hergestellt wurde, dauerte ca. 20 min. Als wir im Schneetreiben schweigend oder auch mit vielen Fragen kämpfend zum Krematorium V laufen, wird uns die Kälte bewusst, sowie die Weite dieser riesigen „Todesfabrik“, die scheinbar bis zum Horizont reicht. Wir kommen vorbei an Pferdeställen aus Deutschland, die die ungeschützten Unterkünfte der Häftlinge darstellten, am Krematorium IV, das von den Häftlingen am 7.10.1944 mutig gesprengt und am nächsten Tag teuer bezahlt wurde, durch die Erschießung jedes dritten auf dem Boden liegenden Häftlings. Tausende, die in diesem Öfen nicht verbrennen mussten, stehen auf der anderen Seite der Waagschale. Henryk Mandelbaum berichtet weiter vom Krematorium V; er erzählt, wie er dort als 21jähriger die erste Leiche zum Scheiterhaufen hinter die Krematorien ziehen musste, ihre Haut löste sich ab und lag ihm in den Händen, da die Leichen länger lagen, weil sie

schneller vergast wurden, als sie verbrannt werden konnten. Die Kapazität der Verbrennungsöfen reichte für die wahnsinnige Massenvernichtung nicht aus. Der Häftlinge Tränen vermischten sich mit dem Schweiß dieser Tätigkeit, die in drei Schichten verrichtet werden musste. Danach mussten sie in einer Ecke des Krematoriums schlafen. H. Mandelbaum überlebte nach der Flucht in Jastrzebic-Zdroj bei der Überstellung in ein anderes Lager. Und erzählt heute mit Vehemenz immer wieder seine Geschichte, damit sie nie vergessen werde.

Am Nachmittag folgte ein ausführlicher Rundgang durch Auschwitz-Birkenau mit Gedenkstättenbetreuern, die uns alles erklärten und unsere Fragen beantworteten. Sie erklärten uns auch am folgenden Tag Auschwitz I, das Stammlager. Im Gegensatz zum Lager II wurden die Häftlinge hier in gemauerten Baracken untergebracht. Sie standen an der Rampe auf der „richtigen“ Seite, bekamen eine Nummer eintätowiert, die ihre weitere Identität darstellte, und wurden befehligt zu arbeiten: im Lager, in den IG-Farben oder Buna-Werken, in Birkenau sowie in anderen Fabriken. Bei der Befreiung Auschwitz' waren noch 650 Kinder im Lager, die man vom „Todesmarsch“ befreit, zurückgelassen hatte. Sie wurden nach ihren Namen gefragt und konnten nur auf die Nummer auf ihren Unterarmen zeigen. Wie in Birkenau bekam man auch hier einen Einblick in die eigentlich unvorstellbaren Lebensbedingungen der inhaftierten Menschen. Ihre Würde konnte nach ihrem Tod zum Teil wiederhergestellt werden, indem in einem Block einige, bei weitem nicht alle, Fotos mit Geburts- und Todesdatum, Beruf und „Grund“ der Verhaftung, sowie der Todesursache, ausgestellt wurden. Wir sahen in einer riesigen Vitrine die



## Geburt – Leben – Hinrichtung des anderen deutschen States

27. Dezember 2006 bis 01. Januar 2007

### Winterschule der FDJ in der annektierten DDR

Inklusive der Suche nach der Antwort auf die Frage, wer wen warum im Osten seit 16 Jahren verarscht und was man dagegen tun kann.

Infos, Anfragen und Anmeldungen unter [www.fdj.de](http://www.fdj.de) oder [mail@fdj.de](mailto:mail@fdj.de)

abgeschnittenen Haare der Opfer und ihre Schuhe. Die Menge der Haare, die im Januar 1945 noch gefunden und dort ausgestellt wurde, betrug 2.000 Kilo. Wieviel davon war in den fünf Jahren des Terrors wohl nach Deutschland geschickt und zu Stoff verarbeitet und verkauft? Diese Tatsachen können einfach nicht verleugnet werden und wir stellen uns gegen jedes Wort der Leugnung, weil wir gesehen haben und gehört. Ebenso wie wir am Abend Christianes Referat hörten, welches auf dem Buch des Frankfurter (Main) Historikers Götz Aly „Hitlers Volksstaat“ basierte und die Bereicherung der Faschisten am Massenmord bezeugte. Nicht nur Konzerne wie IG Farben, Topf&Söhne aus Erfurt (Erbauer der Krematorien) profitierten, sondern auch der gewöhnliche Soldat, nicht nur mit Propaganda, auch mit Geld für die Familie zu Hause, beim Einkaufen auf Schein, angefüttert, um „begeistert fürs Vaterland“ in den Krieg zu ziehen, wenn sie nicht schon Anhänger dieser menschenverachtenden Ideologie waren. Bezahlt wurde dies von den 60 Millionen Toten des 2. Weltkriegs in jeglicher Hinsicht, der direkten Ausbeutung der überfallenen

Länder und der Todesmaschinen, Chemikalien, der Zwangsarbeiter, usw. Die weinerlichen Geschichtsrevisionisten, die die Bombardierung Dresdens heute nun bedauern, sieht man in anderem Licht. Meine erste Frage wird beim nächsten Treffen mit solchen Leuten sein „Was hast du damals gegen den Faschismus getan? Wo hast du gestanden?“. Und die zweite: „Was wirst du tun, damit es nicht noch einmal passiert?“

Kazimierz Smoleń war von 1940 bis 1945 Häftling in Auschwitz I und überlebte als einer der am längsten Inhaftierten. Jahrelang leitete er die Gedenkstätte Auschwitz und man merkt ihm beim Erzählen, abends in der Jugendbegegnungsstätte, an, dass er gekämpft hat, als Partisan der polnischen Armee vor seiner Inhaftierung, im Lager und im späteren Leben, und dass er von den Menschen, die ihm zuhören, ebensolchen Kampf fordert. „Das Grauen kann man sich kaum vorstellen, aber die Ursachen dahinter und das tiefe Interesse für diesen Ort und seine Geschichte muss man verstehen.“

Am letzten Tag blieb uns die Möglichkeit das Stammlager und die umfang-

reichen Ausstellungen zu den betroffenen Ländern und ihrer Menschen zu besuchen. Nur zusammen mit diesen Ausstellungen kann man das Ausmaß begreifen.

Am 31.12. fuhren wir wieder nach Görlitz zurück. Jeder der 47 Freunde könnte wohl weitere Eindrücke von dieser Reise berichten, was uns aber eint, ist der antifaschistische Kampf unter der Losung:

**„Nie wieder Krieg!  
Nie wieder Faschismus!“**

Sandy

### Zeitzeugen

Während der Winterschule ist ein Film entstanden, der anhand der drei Zeitzeugeninterviews drei Schicksale von Auschwitz nachzeichnet. Der 60-minütige Film ist ein beeindruckendes antifaschistisches Dokument, das sich u.a. hervorragend eignet, bei öffentlichen Veranstaltungen eingesetzt zu werden.

„Zeitzeugen“; FDJ 2006; 45 Minuten; 5,- € erhältlich beim Zentralrat: [zentralrat@fdj.de](mailto:zentralrat@fdj.de)

heißt die Parole und man hatte ... sich viel vorgenommen an diesem Julitag und noch mehr zugetraut, denn der Nationalismus stank aus allen Gasen, die BRD hatte zur WM geladen!



**Auch das noch: morgens 1/2 10 in der U-Bahn: Pressefreiheit für Antifaschisten**

## Keine Pressefreiheit für Faschisten!

In einem Keller jedoch, unweit schwarzrot-goldener Katastrophen, schwang der antifaschistische Widerstand den Prittstift, hier bastelte der FDJler noch selber! Schöne große Schilder diesmal. Mit Aufschriften wie „Die Welt zu Gast bei Nazis!“ oder „This store sells Nazi publications!“ wählte man sich stilistisch auf der Siegerseite und zog los in Richtung Friedrichstraße. Denn dort wie auf allen anderen größeren Bahnhöfen wie Straßenecken Berlins kann des Deutschen Leserherz an Filialen zweier großer Kiosketten von der *Deutschen Stimme* vorbei an *Nation-Europa* bis zur NPD-Gezette *Junge Freiheit* noch

jedes Faschistenblatt käuflich erwerben. Das geht schon viel zu lange so, nach 40jähriger Pause seit bitteren 16 Jahren ungefähr.

Der Krämer dort am Zeitungsladen posierte gleich von Pressefreiheit die es schließlich gebe, "hier bei uns". "Uns" war dann wohl der Klub Nazi-T-Shirts tragender Schlaumeier wie er einer war. Auf stolz geschwellter Brust prangte der Schriftzug "Lunikoff-Verschwörung", ihres Zeichen Nachfolgebund der faschistisch-terroristischen Vereinigung "Landser". Das ließ tief blicken und wir sechs Hanseln bauten uns und unsere sechs Schilder vor der Glasfas-

sade des Ladens auf. Und siehe da, der Kriegspfad schwarz-rot-goldener Indianer kam jäh ins Stocken und Menschtrauben sammelten sich vor dem nun beachtlich schwitzenden Zeitungsmann. Der tobte und krächte nach der Staatsmacht, die auf sich warten ließ und nur in Form der hiesigen Bahnauf-



sicht eben nicht auf sich aufmerksam machte. Immer mehr blieben stehen und unerwartet stürmten doch fast zwei schwarz-rot-goldene in den Schuppen und schrien „Nazis raus“.

Mal wieder zu früh an "Volksgemeinschaft" gedacht, es gibt intelligentes Leben hier, wir hatten so lange nur gehofft!

Weitere Zuspitzungen verhinderte nun die Bullerei, die kam herbei getrottet und drohte nach ewigem Rumleiern mit Haue, falls wir nicht gleich verschwinden würden, das allseits übliche Personalausweisabschreiben war da inklusive. Als später jemand die beschlagnahmten Schilder abholen wollte, blökte es aus der Amtsstube: "Zu Gast bei Nazis erfüllt den Tatbestand der Volksverhetzung!" Ohne Scheiß! Im Schatten von Bergen gedruckter Nazischeiße, die in Hunderttausendauflage tagtäglich über unzählige Kiosktheken geht, sieht die freiheitlich demokratische Grundordnung (FDGO) dagegen keinen Tatbestand erfüllt.

Wenn sie auch mit Volksverhetzung nicht durchkamen und sich eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs abquetschten, kamen wir uns zu billig verkauft vor und wiederholten das ganze Theater

## ZIELKOORDINATEN:

...leider nur vier von vielen...

### S+RB-Bhf. Spandau :

Standort: Vorhalle zwischen S-Bahn und Regionalbahn

Zeitungen: *Junge Freiheit* und *Deutsche Stimme*

Wo: Regal Deutsche Presse

### S+RB+U-Bhf. Zoo :

Standort: Vorhalle S neben dem Übergang zur U-Bahn

Zeitungen: *Junge Freiheit* und *Deutsche Stimme*

Wo: Regal Deutsche Presse

### Gesundbrunnen-Center

Standort: Eingang Badstraße/ Behmstraße (U-Bahn Ausgang)

Zeitungen: *Junge Freiheit*

Wo: Regal im Eingang des Ladens

### Bahnhof Freilassing (Oberbayern)

Standort: Bahnhofsbuchhandlung

Zeitungen: *Junge Freiheit*, *Der Landser*

Wo: rechts im Zeitschriftenständer neben dem Eingang

**Nazis gibt's in jeder Stadt, bildet Banden, ...!**

im Bahnhof Alexanderplatz, vorm dorigem Nazi-Zeitungsladen. Wie gehabt, auch hier gab's Gift und Galle, als wir die junge Verkäuferin maximal freundlich aufforderten diverse Nazizeitungen aus dem Laden zu entfernen. Stolz verkündete sie, dass man die Zeitschriften ja nicht offen auslege, sondern unterm Ladentisch für Liebhaber bereit hielte. Respekt!

Notgedrungen ließ man sich also zu noch ner Runde Schilderhalten einladen. Am Timing hätten man jedoch noch feilen sollen, denn wir stellten uns nun in die Sichtweite einiger deutsch-nationaler Primaten, die gerade an der Deliriumsgrenze irgendein eins zu null bebrüllten und sich Zähne fletschend anschickten uns ihre Version von "zu Gast bei Freunden" näher zu bringen. Aber Freunde, unser einer ist ja nicht von Pappe und so gab's Zoff. Den man sich hätte sparen können, na ja usw.

Viel wichtiger: Nur und immerhin zwei Faschozeitungsläden wurden massenwirksam vorgeführt und dahin gestellt wo's braune Zeugs hingehört, an den Pranger. Das ganze genau an solchen Orten, wo man den WM-Touris die gar vor Freundschaft platzen wollende Hauptstadt der Ideen vorspielte. Was bleibt: Spielverderber aller Länder... Wir bleiben am Ball!

Ringo



# Handbuch deutscher Imperialismus Auf dem Weg zur Supermacht

Nur die wenigsten beginnen schon 1945 mit der Beweisaufnahme und wissen's besser, wenn sie die früheren Nachkriegsjahre eben nicht unter „Partnerschaft mit den USA“ einheften. Nicht nur in diesem Punkt setzt Oberansmayr mit seiner 2004 erschienenen Dokumentation zur Militarisierung der Europäischen Union Maßstäbe. Selten war der Brennpunkt des Vergrößerungsglases, das auf die BRD und ihr Europa gerichtet ist, von solcher Trennschärfe, von solcher Treffsicherheit. So zeigt das Buch auf, dass schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg jede Bewegung der BRD, auch wenn diese noch so eng an der Seite der Vereinigten Staaten getätigt wurde, eigenen, großdeutschen Interessen diene und dient. Freundschaftsbekundungen und die sporadische Deckung der Interessen der Rivalen gegen die Arbeiterklasse an der Macht gestern sowie die „uneingeschränkte Solidarität“ heute konnten und können dies nicht verschleiern. Deutschland einzubinden, um es zuallererst zu binden, darauf ist die damals noch aufstrebende Supermacht USA so sehr angewiesen, dass sie sich dann und wann und nicht mal selten zum Kasperle des deutschen Imperialismus macht.

Mit den alten Mördern hinter neuen Schreibtischen geht's zurück an die Hebel, wenn auch vorerst mit kleinen Schritten, wenn auch vorerst ohne „Barbarossa“. Eine „Strategie Europa“, die noch in den Beratungszimmer des „Dritten Reichs“ entstand, ist somit nicht neu, aber erfolgreich, wie leider bei Oberansmayr nachzulesen. Großdeutschland, nichts anderes ist die BRD nach dem Schlucken der DDR, ist zur Nr. 2 weltweit aufgestiegen, man will es nicht wahrhaben, spätestens nach dem Buch muss man es.

Großdeutschland reloaded, kein Zweifel, und wir haben es nicht verhindern können, obwohl alles am helllichten Tag geschieht: die Fusionen der Rüstungskonzerne, die Geburt von EADS, der

Griff nach Osteuropa und die Erpressung der europäischen Konkurrenz, der Startschuss zur umfassendsten Aufrüstung seit der Wiederbewaffnung nach dem Angriffskrieg auf Jugoslawien, das Tauziehen mit Frankreich, dem

als schonungsloser Tatbericht geliefert, aus nächster Nähe bis ins nötige Detail, mit einem unschlagbaren Gespür für das Wesentliche in den Fokus gerückt. Eben kein Nachschlagewerk für dies und jenes. Was nebensächlich und im Detail schon andere Bücher füllt, hat der Autor sich gespart. Man dankt und hält in der Hand, was zu wissen ist, über die BRD, was sie vor hat...

Gewollt ist die fundierte Agitation, jede Seite eine Flugschrift, die hinweisen will auf einen Schwelbrand, der längst zu einer lodernden Feuersbrunst geworden ist, die hinter noch bestehenden Grenzen nur auf einen Luftzug wartet. NATO, WG, WEU, EU – jeder Schritt nur einer auf dem Weg zum Ziel: Revision der Nachkriegsordnung, Aushebeln der Potsdamer Beschlüsse, Griff nach der Weltherrschaft. Und immer passend kommt der Großkotz BRD noch selbst zu Wort, viele Zitate dreister deutscher Staatsdiener in Parlament und Panzer fließen in den Text ein. Genug Material um Angst zu machen, die umschlagen muss in Widerstand. Wenn auch das zurzeit nur sehr viel mehr schlecht als recht vor sich geht, was er schon merkt, der Autor.

Hierzulande lässt sich mit der Linken doch noch jeder Krieg machen. Denn was Krieg ist und was Frieden, bestimmt die allseits wuchernde Blindheit gegenüber der eigenen Bourgeoisie. Die jedoch ist der Hauptfeind. Und genau hier ist das Drama unserer Bewegung zu packen. Dieses Buch kommt und konnte nur zu diesem Resümee kommen!

**Gerald Oberansmayr, *Auf dem Weg zur Supermacht: Die Militarisierung der Europäischen Union*, Wien:2004 (ISBN: 3853712169), 9,90€**



Die Militarisierung der Europäischen Union

PROMEDIA

vor lauter Friendship am deutschen Busen die Luft knapp wird, schließlich die endgültige Machtergreifung in der EU. Aus der Distanz müssen wir sie, ohnmächtig und gelähmt, erneut registrieren, die generalstabsmäßig geplante Katastrophe, das blitzhafte Wiederauf-erstehen des deutschen Imperialismus, diesmal mit Europa im Munde, ganz ohne Blitzkrieg.

Wie das geschehen konnte, Schritt für Schritt, was in den Trümmern des 8. Mai 1945 geschworen, niemals wieder geschehen sollte, wird bei Oberansmayr

solidarität  
macht stark



deshalb werde Mitglied – spende auf unser Konto



**ROTE HILFE E.V.**  
[www.rote-hilfe.de](http://www.rote-hilfe.de)

Infos: Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255, 37022 Göttingen  
Spendenkonto: 19 11 00 462, Blz: 440 100 46, Postbank Dortmund

# NO PASARAN!

**A**m 17. Juli 1936 putschten die Franco-Faschisten gegen die noch junge spanische Republik und stürzten das Land so in einen Bürgerkrieg, der bis 1939 dauern sollte und eine halbe Million Tote forderte. Dieser Bürgerkrieg war der erste Angriff der faschistischen Mörderbanden in Europa – auch unterstützt und geführt von den deutschen Nazis, die so den ersten „Probelauf“ für ihren späteren Überfall auf die Welt bekamen.

Auch wenn der Kampf gegen die Faschisten fast aussichtsslos war, so stellten sich doch 100.000 ihnen entgegen. Aus tiefstem Herzen danken wir den Frauen und Männern der Internationalen Brigaden und

aller anderen Organisationen, die schon so früh die Gefahr des Faschismus erkannten und sich freiwillig zusammenschlossen, um der Nazibrut den Garaus zu machen.

**W**ir danken euch, Spanienkämpfer, weil ihr den Mut hattet, euch den Faschisten entgegenzustellen, die wenigen Waffen, die ihr hattet, in die Hand zu nehmen, und weil ihr euer Leben gabt, um Spanien und der Welt das Leid, die Folter, den Mord und auch den Weltkrieg zu ersparen. Euch gehört unser Respekt und ihr bleibt unser Vorbild, weil ihr die ersten wart im Kampf, und weil euer Werk immer noch nicht beendet ist – die Faschisten ein für alle mal zu besiegen!

# PASAREMOS!